



**INTERN**

**Informationen der 10. Tagung des  
Partei Vorstandes  
21./22. September 2019, Essen**

## Inhalt

- Referat  
Referat zur Organisationspolitik  
Referent: Wera Richter, stellvertretende Parteivorsitzende der DKP
  
- Beschlüsse  
Zum 23. Parteitag der DKP
  - Antrag des Parteivorstandes an den 23. Parteitag zu Forderungen der DKP zu Ostdeutschland
  - Antrag des Parteivorstandes an den 23. Parteitag zur Internationalen Arbeit der DKP
  - Internationale Einladungen zum 23. Parteitag
  - Finanzplan zum 23. Parteitag
  - vorläufige Antragskommission des 23. Parteitags
  
- weitere Beschlüsse
  - Delegation zum Treffen kommunistischer und Arbeiterparteien
  - Pressemitteilung des DKP-Parteivorstandes gegen die Blockade gegen Cuba
  - Unterstützung der internationalen Solidaritätskampagne "Unblock Cuba"
  
- weitere Materialien
  - Diskussionsgrundlage zur Ausrichtung eines Antrags an den 23. Parteitag: "Gesundheitspolitische Positionen der DKP"
  - Kommunalpolitischer Ratschlag: "Kommunales Eigentum verteidigen und erkämpfen"
  - Konzeption NATO-Broschüre
  - Material zur Solidaritätskampagne "Unblock Cuba"

## Tagesordnung

1. Referat zur Organisationspolitik  
Referentin: Wera Richter, stellvertretende Parteivorsitzende der DKP
2. Diskussion zum Referat
3. Aussprache zu strittigen Fragen
4. Internationaler Antrag
5. Antrag Ostdeutschland
6. Diskussionsgrundlage zur Ausrichtung eines Antrags an den 23. Parteitag: "Gesundheitspolitische Positionen der DKP"
7. Weitere Anträge

**Unkorrigiertes Manuskript.**

**Es gilt das gesprochene Wort.**

## **Referat zur Organisationspolitik**

**Wera Richter, stellvertretende  
Vorsitzende der DKP**

Liebe Genossinnen und Genossen,

in der Partei hat die Vorbereitung des 23. Parteitages, vor allem die Debatte um den Leitantrag begonnen. Erste Änderungs- und Ergänzungsanträge sind angekündigt oder liegen bereits vor. Angekündigt sind Ergänzungen zu den im Antrag fehlenden Berufsverboten in West- und Ost, Überarbeitungen der Teile zur Wohnungspolitik, der Einschätzungen zu Ostdeutschland und der Rolle der „DDR-Bürger“ und zur Einschätzung zur Rolle der Frauen. Das heißt zunächst, mit dem Antrag wird gearbeitet.

Es gibt Fragen nach einer ergänzenden Handlungsorientierung oder nach einem Antrag zur Organisationspolitik. Der Leitantrag befasst sich mit diesen Fragen nicht direkt. Allerdings ist der Leitgedanke mit der Bestimmung konkreter Kampffelder nicht nur als Beitrag zur Parteistärkung gedacht, sondern auch dazu geeignet.

Wir diskutieren ausgehend von der Einschätzung wachsender Labilität im imperialistischen Lager über Kampffelder in denen wir es für möglich halten, dass sich die Arbeiterklasse punktuell aus der Defensive befreien und die Offensive des Monopolkapitals durchkreuzen kann. Die Orientierung auf die Kampffelder Frieden, Demokratie und Arbeiterpolitik in Betrieb und Kommune, die Bestimmung unserer

inhaltlichen Positionen in diesen Bereichen und die Diskussion um unsere Bündnispartner im Rahmen der antimonopolistischen Strategie ist aus unserer Sicht die Diskussion um eine inhaltliche Richtschnur und Handlungsorientierung für unsere Partei.

Die Ausarbeitung – Patrik hatte auf der 8. PV-Tagung auf die Probleme bei der Erarbeitung hingewiesen – ist nicht in allen Teilen gelungen. Insbesondere der Teil, der sich mit den Kämpfen um bessere Lebens- und Arbeitsverhältnisse befasst, bleibt zum Beispiel in der Gesundheits- und Wohnungspolitik hinter bereits erarbeiteten Positionen zurück. Der dritte Abschnitt zur Bestimmung der Kräfte im Kampf um eine Wende mit der Arbeiterklasse als Hauptkraft antimonopolistischer Bündnisse ist kaum kollektiv diskutiert. Er berührt sehr direkt unsere aktuellen Auseinandersetzungen und ist aus unserer Sicht von hoher Bedeutung. Insofern halten wir es für richtig, dass wir ihn trotz seiner Unfertigkeit in die Partei zur Diskussion gegeben haben.

Wir halten es für wichtig, die Diskussion auf diese Fragen der Orientierung für das Handeln der Partei zu fokussieren und um Verbesserungen des Antrags zu ringen und die Diskussionstribüne in der UZ auch für die inhaltliche Auseinandersetzung zu nutzen.

Wir haben bisher nicht vor, einen weiteren Antrag zur Organisationspolitik vorzulegen und auch keine geschlossene Handlungsorientierung. Wir wollen allerdings in Auswertung unseres erfolgreichen Beitrags im Rahmen der Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“ mit euch beraten, ob es sinnvoll ist, eine neue Kampagne zu planen.

Wir haben früh gesagt, dass der Austausch von Erfahrungen mit Blick auf die Stärkung der Partei einen hohen Stellenwert auf dem Parteitag haben soll. Wir müssen Bilanz ziehen inwieweit der Beschluss zur Parteistärkung des letzten Parteitages greift. Dazu soll dieses Referat den Anstoß geben.

Aus unserer Sicht hat der Beschluss Bestand. Wir halten seine Analyse zu den wesentlichen Problemen der Parteientwicklung und auch seine Maßnahmen zu ihrer Überwindung für richtig. Maßgabe war es, die Parteistärkung als Existenzfrage ins Zentrum der Arbeit unserer Leitungen auf allen Ebenen zu rücken. Das war kein Beschluss für die berühmte Schublade, sondern wir haben auf verschiedenen Ebenen und zum Teil recht ordentlich an seiner Umsetzung gearbeitet.

Dabei war uns bewusst, dass der Weg zur Stabilisierung und zum Teil der Reorganisation der Partei mühselig ist und wir es auch weiter mit Rückschritten zu tun haben können. Wir waren uns auch im Klaren, dass Instrumente wie zum Beispiel die Bildungsmonate mit Bildungszeitungen eine Weile brauchen bis sie wirksam werden, dass sie ggf. korrigiert und geschärft werden müssen.

Vor dem 23. Parteitag bestätigt sich das. Es gibt keine großen Sprünge. Trotz großer Anstrengungen und auch Erfolgen wachsen zum Teil Müdigkeit und Resignation, zum Teil Überforderung. Es gibt wenige, aber schmerzhaft Austritte zuletzt aus Oldenburg. Spürbarer wird auf allen Ebenen die zu dünne Kaderdecke, die nicht ausreichende Qualifizierung. Hörbarer die Klage über zu viele

Anforderungen "von oben", die zu Wurschtelei verdammen.

Es stimmt, wir müssen die Arbeit stärker konzentrieren, sortieren und vor allem zeitlich besser aufeinander abstimmen. Ich erinnere an unangekündigte Fragebögen in der Sommerpause oder das Luxusproblem mit drei Leitfäden der Geschichtskommission, die mit einer Bildungszeitung zusammen fielen. Aber: Das waren alles Resultate unserer Beschlüsse im Parteivorstand und keine individuellen Fehltritte. Das heißt, wir als PV müssen Vorhaben und Beschlüsse in der Diskussion mit den Bezirken stärker auf ihre Machbarkeit prüfen, ihre Umsetzung stärker kontrollieren und auswerten. Dazu brauchen wir mehr Zeit und auch Mut zur Lücke. Wir müssen weniger machen, das aber besser.

Gleichzeitig treten ideologische Differenzen stärker zutage, die zum Teil in der Auseinandersetzung mit dem Netzwerk in den Hintergrund gerückt waren. Zum Teil sind wir überrascht von Dynamik, Schärfe und Polemik. Aus meiner Sicht berühren die Hauptfragen die inhaltliche und organisationspolitische Ausrichtung der Partei, die sowohl im Leitantrag als auch bei der Diskussion um Parteistärkung eine Rolle spielen. Es geht um die Orientierung auf die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit, also auch auf den prekär beschäftigten und abgehängten Teil. Vertreten wir die Interessen dieses Teils der Arbeiterklasse? Diese Orientierung gewinnt an Bedeutung mit der Abwendung der Linkspartei und „linker Bewegungen“ von der Klasse und gleichzeitig dem Abgrasen Rechteck wie der AfD in Teilen der Klasse. Die Ergebnisse der Wahlkämpfe in Sachsen und Brandenburg zeigen das wie im Brennglas. Die Diskussion ist zu führen und wir müssen dafür recht schnell einen Rahmen finden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

es wäre aber mit Blick auf die Entwicklung unserer Partei nicht richtig und stimmt mit den Realitäten nicht überein, pauschal an einem Abwärtstrend festzuhalten. Wir treten nicht auf der Stelle. Es gibt auch positive Entwicklungen und punktuell Mitgliedergewinne.

Genauere Aussagen über die Mitgliederentwicklung können wir erst zum Parteitag durch den Rücklauf der Protokolle aus den Grundorganisationen treffen. Gesicherte Aussagen erst nach der nächsten Mitgliedsbuchneuausgabe. Über Zeitpunkt und Ausrichtung müssen wir uns verständigen. Wir haben zunächst Einlegeblätter für die kommenden drei Jahre für die Parteibücher in Druck gegeben.

Wir gehen davon aus, dass der Mitgliederverlust der vergangenen Jahre noch nicht gestoppt werden konnte. Dies ist zu einem geringen Teil politisch motivierten Austritten geschuldet, vor allem können wir die Verluste durch den Tod von Genossinnen und Genossen nach wie vor nicht durch Neueintritte ausgleichen. Dieses Missverhältnis hatten wir als existenzgefährdend eingestuft und das bleibt es auch.

Allerdings stellen wir eine sehr hohe Stabilität bei der Gesamtsumme der abgerechneten Mitgliedsbeiträge fest. In den letzten fünf Jahren ist hier kein Rückgang zu verzeichnen. Diese erfreuliche Entwicklung ist einem Anstieg der durchschnittlichen Beitragshöhe zu verdanken. Unser Aufruf zur Anhebung der Beiträge zeigt Dank der Arbeit der Kassiererinnen und Kassierer eine positive Wirkung. Der durchschnittliche

Monatsbeitrag liegt inzwischen bei rund 16 Euro. 2015 lag er bei 15 Euro.

Mit diesem Referat beginnen wir Bilanz zu ziehen, was wir in der Organisationspolitik seit dem 21. und 22. Parteitag geleistet bzw. nicht geleistet haben. Wir wollen prüfen, welche Maßnahmen wirksam geworden sind und zu Veränderungen in der Partei und zu größerer Organisiertheit geführt haben. Wir wollen daraus Schlussfolgerungen ziehen für die weitere Vorbereitung des 23. Parteitags, den Parteitag selbst und die Zeit danach.

Wir haben für das kommende Wochenende zu einer Beratung mit den Bezirken zur Vorbereitung des Parteitages eingeladen, wo diese Fragen ebenfalls im Mittelpunkt stehen sollen. Wir haben für diese Beratung einen erfreulich guten Stand der Anmeldungen. Es soll der Start für dann wieder regelmäßige Beratungen mit den Bezirken sein.

Die Bilanz muss auf allen Ebenen der Partei stattfinden, sonst bekommen wir kein klares Bild. Wir brauchen vor allem den Blick in die Grundorganisationen, deren Stärkung wir als wesentlich erachtet haben, deren Zustand und deren Arbeit wir aber immer noch zu wenig kennen. Uns fehlt eine Aufstellung und Analyse der Situation in den Grundorganisationen und ihrer Arbeitsweise.

Hierbei soll uns die Delegierung zum Parteitag auf Ebene der Grundorganisationen helfen. Wir wollen die Delegierten aus den Gruppen und den wenigen Kreisen mit der Einladung zum Parteitag Ende Dezember/Anfang Januar auffordern bis zum Parteitag an konkreten Fragestellungen eine Bestandsaufnahme in ihren Gruppen vorzunehmen und die Umsetzung des Beschlusses zur Parteistärkung zu prüfen.

Es geht uns um die Frage, ob es Entwicklungsschritte – positive wie negative - in den Gruppen gibt und in welchem Zusammenhang sie zu unseren Beschlüssen stehen. Es geht uns um einen genaueren Blick auf die Probleme in den Gruppen und davon abgeleitet ihren Bedarf. Wir sehen in einer solchen, kollektiven Vorbereitung in den Grundorganisationen auch die Chance für die Qualifizierung des Erfahrungsaustausches auf dem Parteitag.

Liebe Genossinnen und Genossen,

der 22. Parteitag hat die Konzentration in der Parteistärkung vor allem auf zwei Punkte gelegt: Auf die Wiederverankerung in der Arbeiterklasse und die Stärkung der Grundorganisationen. Auf diese beiden Punkte will ich mich im Folgenden konzentrieren. Weitere Bestandteile des Beschlusses zur Parteistärkung waren die Jugendpolitik und die Sicherung unserer Finanzen. Mit dem 23. Parteitag wollen wir darüberhinaus einen Fokus auf die Stärkung der Partei in Ostdeutschland setzen.

In der Jugendpolitik haben wir mit Jan einen Verantwortlichen gewählt, aber ihm mit Ausnahme unseres sehr guten Beitrages auf dem Festival keinen Auftrag erteilt. Es ist nicht gelungen, eine Kommission zu bilden. Einer ersten Einladung folgten nur zwei Mitglieder aus den Bezirken Ruhr-Westfalen und Berlin. Das Problem müssen wir an anderer Stelle, aber auch im Vorfeld des Parteitages diskutieren. Es stellt sich die Frage, ob eine Jugendkommission momentan der richtige Weg ist, oder ob es in dieser Phase nicht darum gehen muss an konkreten Vorhaben die Zusammenarbeit mit der SDAJ gezielt zu

stärken.

### **Verankerung in der Klasse**

Der Beschluss zur Parteistärkung hat den Fokus sehr deutlich auf das „beharrliche Ringen um die Wieder-Verankerung in der Klasse“ gesetzt. In dem Beschluss heißt es: „Wir verstehen die Rolle der Kommunistischen Partei als Avantgarde der Arbeiterklasse als Selbstverpflichtung. Sie verpflichtet uns, um eine stärkere Verankerung der DKP in der Arbeiterklasse zu ringen, kommunistische Persönlichkeiten zu entwickeln und als solche zu verankern, kämpferische Orientierungen in Auseinandersetzungen zu bieten und in der Praxis für diese einzustehen.“ Rainer hat diese Orientierung im Referat der letzten PV-Tagung noch einmal bekräftigt.

Wir hatten wiederholt eingeschätzt, dass unsere Verankerung in der Klasse marginal ist und sich „Betriebsgruppen und -zeitungen an einer Hand abzählen“ lassen. Das stimmt so heute mindestens was Betriebszeitungen angeht nicht mehr. Auch für das Abzählen von Branchengruppen oder -treffs im Gesundheitsbereich brauchen wir inzwischen mehr als eine Hand.

Bereits mit dem 21. Parteitag hatten wir eine Diskussion um den Neuaufbau von Betriebs- und Branchengruppen begonnen. Der 22. Parteitag forderte alle Bezirke und Landesorganisationen erneut auf, den Fokus auf diese Aufgabe zu richten, den Erfahrungsaustausch von in Betrieben und Gewerkschaften aktiven GenossInnen zu organisieren und konkrete Pläne zu entwickeln. Beratungen wie die Vernetzungstreffen in NRW, aber auch wie jüngst von den Bezirken Rheinland-Pfalz und dem Saarland stehen für die Umsetzung dieser Beschlusslage.

Sie ist aber nicht in allen Bezirken gleichermaßen angegangen worden. Davon zeugt zum Beispiel die mangelnde Teilnahme von Bezirken an den Beratungen der B&G-Kommission des Parteivorstandes.

Die Orientierung auf Branchengruppen zeigt Wirkung. Neben dem bundesweiten Branchentreffen Gesundheit der Kommission B&G des Parteivorstandes hat sich wie auf dem 22. Parteitag beschlossen ein Branchentreffen Bildung- und Erziehung der Kommission gegründet.

Im Gesundheitsbereich haben sich auch in der Folge der bundesweiten Gründung bezirkliche und örtliche Branchengruppen und -treffs gegründet. Ich nenne Baden-Württemberg, Hamburg, Berlin, Stuttgart, Bielefeld und Dortmund.

Im bundesweiten Branchentreff wurden kollektiv Positionen entwickelt, Einschätzungen zu aktuellen Entwicklungen getroffen und eine Reihe von Materialien für die Arbeit der Grundorganisationen erstellt. Dem kommenden Parteitag wird ein gesundheitspolitisches Programm vorliegen, das vor allem den Grundorganisationen in der Arbeit vor Ort helfen soll. Es bezieht die Altenpflege mit ein. Jan von Hagen wird uns heute Nachmittag dazu einen Stand geben. Der Entwurf soll der kommenden PV-Tagung zur Diskussion und Beschlussfassung vorliegen.

Auch die Unterstützung der betrieblichen Kämpfe für mehr Personal an den Unikliniken in Essen und Düsseldorf und die Unterstützung der Volksbegehren in

verschiedenen Ländern kann nicht als „marginal“ bezeichnet werden. Das ist schon eine kleine Erfolgsgeschichte, die nach zwei Parteitagen wirksam wird. Hervorzuheben ist hier auch die gute Zusammenarbeit mit der SDAJ, die an einem konkreten Arbeitsfeld entwickelt wurde.

Das bundesweite Branchentreffen für Beschäftigte im Bildungs- und Erziehungswesen hat inzwischen zwei Mal getagt. Zuletzt am vergangenen Wochenende, wo Michi Götze, Bezirksvorsitzender in Hamburg, ein Referat zur Bildungspolitik im Kapitalismus gehalten hat. Es gibt eine Zeitplanung für die weitere Arbeit und einen Plan zur Erarbeitung grundsätzlicher Positionen der Partei für den 24. Parteitag. Es gilt nun in den Bezirken zu setzen, dass es dieses Branchentreffen gibt und Genossinnen und Genossen, die in diesem Bereich tätig sind, darauf zu orientieren.

Beide Branchentreffen fassen Genossinnen und Genossen aus Bereichen der Öffentlichen Daseinsvorsorge zusammen. Dazu hatten wir bereits in der Handlungsorientierung des 21. Parteitages festgestellt: „Auseinandersetzungen in Bereichen der Öffentlichen Daseinsvorsorge ermöglichen die Verbindung von Interessen der Belegschaften mit den Interessen breiter Bevölkerungsteile. Sie sind damit ein Hebel für die Herausbildung antimonopolistischer Bündnisse. Zudem bieten sie für Gliederungen der Partei ohne oder mit geringer Verankerung im Betrieb durch Solidaritätsaktionen in den Kommunen die Möglichkeit, Tarfbewegungen zu unterstützen.“

Wir hatten allerdings auch festgestellt: „Auseinandersetzungen in Großbetrieben

haben eine Magnetwirkung auf andere Teile der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und sind deshalb von besonderer Bedeutung für die weitere Entwicklung.“ Das ist die Kehrseite und wir können und wollen hier aus der Not keine Tugend machen. Es ist ein Problem, dass wir einer Verankerung im Kern der Klasse noch nicht näher kommen.

Neben der Orientierung auf Branchengruppen haben wir im Beschluss zur Parteistärkung vor allem auf Anleitungs- und Schulungsmaßnahmen für Genossinnen und Genossen, die in Gewerkschaften und Betrieben aktiv sind und Funktionen haben, gesetzt. Dem entspricht unter anderem die Ausrichtung der gewerkschaftspolitischen Foren der Kommission B&G – das nächste findet am 19. Oktober mit dem Schwerpunkt Arbeitszeitverkürzung statt – und die Handlungshilfe zu Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, die gerade in einer neuen Reihe „DKP-Praxis“ herausgekommen ist.

Auf dieser Grundlage wird die B&G-Kommission ab dem kommenden Jahr auch Seminare an der Karl-Liebknecht-Schule organisieren, was in diesem Jahr noch nicht gelungen ist. Erschienen ist außerdem die Bildungszeitung zu DKP und Arbeiterklasse.

Ich bin sicher, es ist noch einiges von dem umfangreichen Maßnahmenkatalog des Beschlusses zur Parteistärkung im Bereich B&G anzugehen und abzuarbeiten. Wir haben zum Beispiel noch ein Manko, wenn es darum geht aktuelle Einschätzungen und Erklärungen zum Auseinandersetzen im B&G-

Bereich abzugeben und auch in der Zusammenarbeit mit der SDAJ ist noch Luft nach oben. Aber ich bin ebenso sicher, dass wir, dass die B&G-Kommission „beharrlich“ auf dem richtigen Weg ist.

### **Kommunalpolitik**

Auch unter dem Stichwort „Wiederverankerung in der Klasse“ hatten wir es für notwendig angesehen, auf zentraler Ebene wieder organisiert an die Kommunalpolitik, unserem zweiten Standbein in der Arbeiterpolitik, heranzugehen. Wir hielten auch hier fest: „Dabei kommt Schnittstellen zwischen unserer Kommunal- und Betriebs- und Gewerkschaftspolitik, die zum Beispiel im Kampf um den Erhalt und den Ausbau der Öffentlichen Daseinsvorsorge auf der Hand liegen, eine besondere Bedeutung zu.“

Mit der Entscheidung die Kommunalpolitik im Sekretariat des Parteivorstandes personell anzubinden und Männen Grüß die Verantwortung zu übertragen sind wir den ersten Schritt gegangen. Es folgten eine Umfrage in den Grundorganisationen, ein Referat im Parteivorstand, das einen Schwerpunkt auf den Widerstand gegen Privatisierungen gelegt hat und die Gründung einer Kommission des Parteivorstandes. Diese hat bereits zwei kommunalpolitische Beratungen zu den Themen Wohnungs- und Gesundheitspolitik durchgeführt und schlägt einen kommunalpolitischen Ratschlag für das kommende Jahr vor. Ein entsprechender Antrag liegt euch vor.

Ich denke auch hier können wir von einem guten Start sprechen. Beide Kommissionen – die B&G-Kommission und ihre Branchentreffen und die Kommission Kommunalpolitik – haben ihre Aufgabe auf

die Unterstützung und Anleitung der Grundorganisationen gerichtet.

### **Stärkung der Grundorganisationen**

Ich komme damit zum zweiten Schwerpunkt in der Organisationspolitik, der Stärkung unserer Grundorganisationen. Sie steht nicht neben der Wiederverankerung in der Klasse. Sie ist ihre Voraussetzung. Ohne aktive Parteigruppen, die vor Ort an den unmittelbaren Interessen der Menschen ansetzen, mit ihnen Widerstand entwickeln oder sie darin unterstützen, werden wir der Verankerung in der Klasse nicht näher kommen. Sie sind das Bindeglied in die Klasse.

Wir hatten mit Blick auf die Grundorganisationen auf dem 21. Und 22. Parteitag als Probleme eingeschätzt:

\* Wir sind in der Fläche nicht handlungsfähig, weil wir zu wenige aktive Parteigruppen haben und oft die Entfernungen zur nächsten roten Zelle zu groß sind, um neue Mitglieder und Sympathisanten einzubeziehen und Interessenten an die Partei heranzuführen. Wir haben das Ziel, in Perspektive wieder neue Gruppen zu gründen. Da sind wir noch nicht.

\* Unsere Parteigruppen sind oft nicht in der Lage, eigenständig und kontinuierlich Politik vor Ort zu entwickeln, Arbeitspläne zu erstellen, Schwerpunkte zu finden und in oder vor Betrieben und in der Kommune bzw. in Stadtteilen zu wirken. Hier gilt es zu prüfen, ob diese Aussage so pauschal Bestand hat.

\* Unsere Parteigruppen sind sehr unterschiedlich ist. Das erschwert

es, Schritte der Parteistärkung zu verallgemeinern. Wir hatten im Referat des 21. Parteitages Kriterien für stabile Gruppen festgehalten. Die Kriterien waren:

- Kollektive Leitung
- Arbeitsplanung
- regelmäßige Kassierung
- regelmäßige Bildungsarbeit
- regelmäßige Öffentlichkeitsarbeit.

Wir haben nach wie vor keinen Überblick, welche Gruppen diese Kriterien ganz, teilweise oder gar nicht erfüllen.

- Die Bezirks- und Landesleitungen sind zu wenig darauf gerichtet, die Gruppen anzuleiten und als Schanierfunktion zwischen PV und Gruppen zu wirken. Ohne die mittlere Ebene gelingt uns weder eine Organisationsanalyse noch die kontinuierliche Anleitung der Grundorganisationen und damit ihre Stärkung.

Dabei sind wir uns bewusst, dass Anleitung und Kontakthalten in Flächenländern ungleich schwieriger ist als in Stadtstaaten. In Berlin gibt es regelmäßige Beratungen mit den Gruppenleitungen. Das ist in Flächenländern kaum möglich.

Auch aus Baden-Württemberg wissen wir, dass sich der Bezirksvorstand der Aufgabe angenommen hat. Dort gibt es den Versuch, den unterschiedlichen Stand der Gruppen genauer zu erfassen und Schlussfolgerungen für deren jeweilige Stärkung zu ziehen. Hier brauchen wir auch aus den anderen Bezirken Rückmeldungen.

\* Wir haben große Defizite in den Gruppenleitungen, die vor allem durch Kadermangel und fehlende Erfahrungen in der Leitungsarbeit in allen Bereichen resultieren, weil wir keine Leitungsmitglieder mehr ausbilden, sondern meist auf „learning by doing“ setzen. Hier setzt unsere Bildungsarbeit richtig an, muss aber noch wirksam werden.

Vor dem 23. Parteitag wollen wir müssen genauer prüfen, ob diese Aussagen der vorhergehenden Parteitage Bestand haben. Es gibt sicher keinen Grund zur Entwarnung. Aber es gibt auch positive Beispiele zur Gruppenentwicklung und zu Neuaufnahmen, die wir wahrnehmen und versuchen müssen zu verallgemeinern.

Ich nenne Schlaglichter:

In der Ostberatung am vergangenen Wochenende in Leipzig waren wir irritiert vor 30 statt der angemeldeten 15 Mitglieder zu sitzen. In der Vorstellungsrunde stellten sich mehrere neue Mitglieder vor. Drei Genossen aus Rochlitz – bisher zur Gruppe Zwickau gehörend - sagten, dass sie dabei sind eine neue Gruppe zu gründen.

Aus Mecklenburg-Vorpommern berichteten die Genossen von zehn Neuaufnahmen seit dem letzten Parteitag. Das größte Problem sei momentan die Genossen einzubinden. Es fehle an einer Idee der strukturierten Arbeit im ländlichen Raum.

„Ran an die Betriebe“ habe man ausprobiert mit regelmäßigen Verteilungen an der Werft. Ohne Erfolg. Zugänge seien vor allem die Friedenspolitik und die Positionierung zu

Russland gewesen. Vor allem, weil Die Linke hier Platz gemacht und in ganzer Linie enttäuscht habe. Das A&O sei es, sich Zeit zu nehmen für Gespräche, persönliche Kontakte, gemeinsame Unternehmungen. Die Partei müsse auch ein Stück Heimat sein.

„Friedenskämpfer in die Parlamente“, Frieden & Freundschaft mit Russland war auch das Erfolgsrezept unserer Direktkandidaten in Brandenburg. Alle vier konnten ihre Ergebnisse steigern, in Strausberg wurde das Ergebnis verdoppelt. An dieser Stelle ein Glückwunsch nach Brandenburg! Dort hatte es zum Teil schon während der AsA-Kampagne Schlangen am Infotisch gegeben – Für Frieden mit Russland und Raus aus der NATO.

Im Rheinland sagt Uli Abcynski, er habe lange nicht so viele Mitgliedsbücher ausgestellt wie in diesem Jahr. Mehrere Neuaufnahmen gibt es in Bonn und Neuss. Auch in Neuss ist eine Ursache die Enttäuschung über die Linkspartei, ihr Verständnis von Ratsarbeit, ihren Unwillen politisch zu diskutieren. Vor allem marxistische Bildungsarbeit war ein wichtiges Angebot. Die Neuaufnahmen sind Ergebnis eines Manifest-Zirkels und führten auch zur Gründung einer SDAJ-Gruppe. Ohne enge Betreuung und Zeit sei das nicht möglich gewesen.

In Bonn waren es die Friedensfrage und der EU-Wahlkampf, die der Gruppe neues Leben einhauchte. Öffentliche Veranstaltungen und Gruppenabende zu den beiden Bildungszeitungen und nun zum Leitantrag führten Interessierte und langjährige Sympathisanten unter anderem der Freidenker zur Partei. Es gibt zwei Neueintritte und eine Genossin auf der

Warteliste. Diese Phase beendete eine lange Phase des „Vorsichhindümpelns“. Auf der anderen Seite ist es nicht gelungen, zwei junge Genossen in der Partei zu halten. Eine Erfahrung, die wir an manchen Orten machen und die sehr ernst genommen werden muss.

Das sind nur Momentaufnahmen, die aber zeigen, es geht was. Damit will ich ganz sicher nicht behaupten, dass wir es auf der anderen Seite nach wie vor mit stagnierenden und auch „absterbenden“ Gruppen zu tun haben.

Die Momentaufnahmen zeigen, es geht vor allem etwas, wenn wir mit unseren DKP-Positionen draußen sind und Diskussionsangebote machen. Frieden mit Russland – Nein zur NATO ist eine solche klare DKP-Position. Beliebigkeit und Mitlaufen sind nicht gefragt. Wir müssen aber auch feststellen, dass wir solche diskutierten und als DKP-Position erkennbaren Forderungen nicht allen Bereichen erarbeitet haben.

Die wenigen Beispiele zeigen auch, dass sie mit unseren Beschlüssen insbesondere in der Friedensarbeit, der Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“ und in der Bildungsarbeit zu tun haben. Es ist wichtig, solche Beispiele jetzt zusammenzutragen und zu versuchen, Beweggründe für den Eintritt in die DKP und Voraussetzungen, die dafür in den Grundorganisationen geschaffen werden müssen, zu verallgemeinern. Wir müssen auch genauer gucken, warum wir es oft nicht schaffen, neue Genossen einzubinden, und sich insbesondere jüngere Mitglieder wieder von uns abwenden und wie wir dem begegnen können.

In Vorbereitung der Kommunalwahlen und des UZ-Pressesfestes im kommenden Jahr will der Bezirk Ruhr Westfalen offensiv an die Frage der Mitgliedergewinnung gehen. Der Bezirksvorstand diskutiert am kommenden Wochenende über einen Antrag „Frag doch mal“ zur Mitgliedergewinnung. Darin werden die Gruppen und Kreise aufgefordert, sich mit folgenden Fragen zu beschäftigen:

Haben wir Sympathisantinnen und Sympathisanten? Wenn nein: was können wir zur Gewinnung tun? Wenn ja: wurden sie auf eine Mitgliedschaft angesprochen? Können wir etwas Konkretes anbieten, wie zum Beispiel ein Seminar an der KLS, die Einbeziehung beim Pressesfest oder bei Aktionstagen oder ein persönliches Treffen.

Die Gruppen werden darin aufgefordert, einmal im Quartal auf den Gruppenabenden über Sympathisantinnen und Sympathisanten und über die eigenen Mitglieder zu sprechen. Wo gibt es wenig Kontakt, wer spricht wen an? Welche Aktionen, Veranstaltungen stehen an, für die geworben, mobilisiert werden soll ...

Das trifft sich mit den Überlegungen der zentralen Pressefestkommission. Wir wollen die Mobilisierung der Mitglieder und des Umfeldes nach Dortmund mit ähnlichen Fragestellungen in den Grundeinheiten zum Thema machen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ich komme damit zum Beschluss zur Parteistärkung des letzten Parteitages mit Blick auf die Grundorganisationen. Wir haben darin vor allem auf drei Instrumente orientiert: Auf kampagnenhaftes Arbeiten, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Auch hier

gilt es, Bilanz zu ziehen.

### **Kampagne**

Zur Kampagnentätigkeit haben wir in dem Beschluss zur Parteistärkung festgestellt: „Der Bundestagswahlkampf hat bestätigt, dass das bundesweit einheitliche Auftreten der Partei mit zentralen Materialien und zentraler Anleitung die Partei stärkt und den Grundorganisationen hilft, nach außen aufzutreten.“

Unser Herangehen an die Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“ der Friedensbewegung hat das aus unserer Sicht erneut bestätigt. Die Kampagne der Friedensbewegung hat uns die Möglichkeit gegeben, an unserem Schwerpunkt Friedensarbeit nach außen aufzutreten und unsere Positionen auf die Straße und in die Bewegung zu tragen. Es war unser Anliegen nicht nur (!) einen Zusammenhang zwischen Aufrüstung und sozialen Fragen herzustellen, sondern auch auf die wachsende Kriegsgefahr, den Hauptaggressor, die NATO und die Hetze gegen Russland aufmerksam zu machen. Frieden mit Russland – Raus aus der NATO war der politische Beitrag der DKP zur Kampagne, der für mehr Klarheit in der Partei, aber auch im Umfeld gesorgt hat.

Organisatorisch haben wir die Kampagne mit der Bildungszeitung, einem KLS-Seminar, einer Handreichung, einer arbeitenden Friedenskommission und qualitativ guten Materialien und einem kontrollierenden Organisations-Büro trotz Kaltstart auf dem Parteitag gut vorbereitet.

Das leider dauerhaft brandaktuelle und in

der Partei unumstrittene Thema Krieg und Aufrüstung, das einfache Instrument der Unterschriftensammlung und diese Organisation haben dazu geführt, dass sich alle Grundorganisationen in dieser Phase inhaltlich mit einem Thema befasst und gemeinsam gelernt haben und vor allem aktiv und auf der Straße waren. Teilweise aufgegangen ist auch die Orientierung, die Friedensfrage in die gewerkschaftlichen Gremien zu tragen.

Zahlenmäßig haben wir die 30.000 Unterschriften weit übertroffen und insgesamt  $\frac{1}{4}$  der Unterschriften der Gesamtkampagne gesammelt. Das – im Zusammenhang mit einem erfolgreichen Pressefest - hat unser Ansehen vergrößert.

Wir haben die Kampagne sehr positiv ausgewertet, haben aber eingeschränkt, dass ein Ziel der Kampagne, nämlich das Wiedererlernen planmäßigen Arbeitens nicht überall stattgefunden hat bzw. dass sich an vielen Orten Einzelkämpfer hervorgetan haben. So richtig nachgewiesen haben wir diese Behauptung nicht. Zwar haben wir die Kampagne im PV gemeinsam ausgewertet. Ein hier beschlossener Fragenkatalog zu den Erfahrungen in Bezirken und Grundorganisationen ist aber ins Leere gelaufen. Wir denken, dass es immer noch wichtig ist, diese Erfahrungen für künftige Kampagnen auszuwerten und das die Vorbereitung des Parteitages und der Parteitag selbst dafür ein richtiger Ort sind.

Auch der EU-Wahlkampf lässt sich unter dem Stichwort kampagnenhaftes Arbeiten fassen. Auch hier fehlt uns die Auswertung nicht nur im PV, sondern auch aus Bezirken und Grundeinheiten. Klar ist aber, dass der EU-Wahlkampf schwieriger für die Partei war. Das zeigte sich bereits an der

schleppenden Sammlung der Unterstützerunterschriften.

Wir hatten es bis hin zur Linkspartei mit einem unglaublichen EU-Hype zu tun, dem wir mit einem klaren „Nein zur EU“ und einem Friedenswahlkampf begegnet sind. Das hat unseren Wahlkampf einzigartig und wichtig, aber nicht einfacher gemacht. Es ist uns auch nicht genügend gelungen, die konkreten Auswirkungen der EU auf die Lebensbedingungen der Menschen und die Situation der Arbeiterklasse deutlich zu machen. Zur Wahlkampfführung gibt es inhaltliche Kritik, die nicht ausdiskutiert wurde.

Wir hatten es hier auch mit hausgemachten Problemen zu tun. Die Leitung war zu technisch und zu weit weg von der Partei. Wir haben versucht einen schwierigen Wahlkampf vor allem über Rundbriefe und Mailings zu koordinieren, waren nicht im Gespräch mit den Bezirken und hatten Zeitvorstellungen, die nicht realisierbar waren. Ich erinnere an unsere geflopten Friedens- und Gesundheits-Aktionswochen. Die Partei braucht Vorlauf um Veranstaltungen und Aktionen zu organisieren. Wir müssen Anleitung, Kontrolle und Auswertung ernst nehmen.

Dennoch bleiben wir dabei, dass Kampagnen und damit auch Wahlkämpfe ein geeignetes Mittel sind, die Partei und insbesondere ihre Grundorganisationen zu stärken. Sie sind ein Mittel einheitlich nach außen zu wirken, und in den Grundorganisationen einheitlich zu diskutieren und das planmäßige Arbeiten wieder zu erlernen und zu etablieren.

Grundlage für eine erfolgreiche Kampagne sind allerdings eine durchdachte inhaltliche Kampagnenkonzepktion, die in der ganzen Partei diskutiert und erfasst wird, die die Zeitpläne und Möglichkeiten der Partei berücksichtigt und die Kontrolle und Nachjustierung in der Umsetzung gewährleistet.

### **Bildungsarbeit**

Bereits seit dem 21. Parteitag sagen wir, dass Bildungsarbeit das A und O in der Parteistärkung und auch in der Frage der Stärkung der Grundorganisationen und ihrer Leitungen ist.

Wir haben im Beschluss zur Parteistärkung formuliert: „In der Bildungsarbeit geht es heute in erster Linie darum, Grundlagen unserer Weltanschauung in der Breite der Partei zu vermitteln. Unsere Mitglieder brauchen ideologisches Rüstzeug, um die gesellschaftlichen Entwicklungen einzuordnen und zu verstehen, unsere Analysen und Erkenntnisse weiter zu vermitteln, Politik und Praxis zu entwickeln und auch an der Entwicklung der Gesamtpartei mitzuwirken.“

Entscheidend dafür sind die kollektive Bildungsarbeit in den Grundorganisationen und das Schulen unserer Leitungsmitglieder. Die Grundorganisationen müssen wieder zum zentralen Ort der Vermittlung und Diskussion unserer ideologischen Grundlagen werden. Einen weiteren Schwerpunkt legen wir angesichts organisationspolitischer Schwächen auf die Schulung organisationspolitischer Grundlagen. Wichtig sind zudem Angebote für neue Mitglieder und Sympathisanten. Dabei wird versucht die Bildungsmaterialien so zu gestalten, das gewonnene Wissen mit aktuellem Praxisbezug anzuwenden.“

Insbesondere mit der Herausgabe der Bildungszeitungen zu den Themen Frieden, mit der wir die AsA-Kampagne vorbereitet haben, mit der Bildungszeitung zum EU-Wahlkampf und nun der Bildungszeitung zur Arbeiterklasse ist die Bildungskommission an die Umsetzung dieses Beschlusses gegangen. Wir haben begonnen die Arbeit mit den Bildungszeitungen auszuwerten. Michaela hat dazu zweimal im Parteivorstand gesprochen. Und wir haben uns vorgenommen, die Bildungsthemen stärker mit der UZ zu begleiten. Dafür steht die Personalie Björn Blach.

Wir halten es für sehr wichtig, die Arbeit mit den Bildungszeitungen fortzusetzen. Wir müssen aber genauer über Qualität, Handhabbarkeit für die Gruppen und ihren Rhythmus nachdenken.

Ebenso hat die Bildungskommission Konzeptionen für die beschlossenen Grundlagenschulungen an der Karl-Liebknecht-Schule erarbeitet, in der Praxis geprüft und weiter qualifiziert. Hier geht es vor allem um die viertägigen Grundkurse zu unseren wissenschaftlichen Grundlagen und das Wochenend-Seminar zu Grundlagen unserer Organisationspolitik.

Die Seminare zur Organisationspolitik haben sich zunehmend am alten Handbuch für Gruppenleitungen orientiert. Wir sind zuversichtlich, dass die Neufassung dieses Handbuches zum Parteitag vorliegt. Es ist dann aus meiner Sicht für einen bundesweiten Bildungszyklus zur Organisationspolitik geeignet. Es hätte dann den Stellenwert einer Bildungszeitung.

Bei beiden Grundlagenschulungen ist die Beschickung nach wie vor das Hauptproblem, also die Frage wie diskutieren Bezirke und Gruppenleitungen über die gezielte Teilnahme von Leitungsmitgliedern an den Seminaren. Die Zusammensetzung mindestens bei den organisationspolitischen Seminaren ist mit Ausnahmen – zum Beispiel Südbayern, Berlin – bisher sehr zufällig.

Von größerer Bedeutung werden Grundlagen-Seminare auf regionaler Ebene. Stichwort KLS vor Ort. Hier gibt es vor allem Erfahrungen in Schleswig-Holstein, die auszuwerten sind. Auch mit Ruhr-Westfalen ist ein erstes organisationspolitisches Seminar verabredet.

In den Bereich der Bildungsarbeit für Grundorganisationen fällt auch die Arbeit mit den Handreichungen der Geschichtskommission zu historischen Daten - 200 Jahre Karl Marx, 100 Jahre KPD, 50 Jahre DKP und SDAJ und zur Novemberrevolution. In Arbeit ist ein Leitfaden zum 70. Jahrestag der DDR-Gründung.

Wir haben hier eher ein Luxusproblem. Es wurde viel Material zeitgleich erarbeitet, das sortiert werden muss. Wir brauchen hier eine klarere Prioritätensetzung.

### **Öffentlichkeitsarbeit**

Zur Öffentlichkeitsarbeit formulierten wir: „Ein wichtiges Ziel unserer Öffentlichkeitsarbeit ist die weitere Verankerung der DKP und ihre Stärkung durch die Gewinnung neuer Mitglieder. Neben Infoständen und Verteilaktionen sind auch Veranstaltungen und Aktionen Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit unserer

Parteigruppen. Wir wollen die Gruppen zentral durch das Bereitstellen von Öffentlichkeitsmaterialien und die Hilfe, selber Materialien zu erstellen, sowie bei der Durchführung von Veranstaltungen unterstützen.“

Hier hatten wir als erstes und wichtigstes Material die UZ genannt. Es ging uns darum, den Gebrauchswert der UZ für die Gruppenarbeit zu erhöhen. Zum einen für die Arbeit nach außen, zur Darstellung der Parteipositionen, bei der Verteilung auf Aktionstagen und Demos. Zum anderen nach innen zum Beispiel in der Bildungsarbeit, aber auch durch Berichte zum Beispiel der Arbeit unserer Kommissionen. Lars hat dazu auf der letzten PV-Tagung referiert.

Jede 2. UZ wird von Menschen gelesen, die nicht Mitglied der DKP sind. Hinzu kommen noch die Leserinnen und Leser der Aktionsexemplare. Von einem Teil des Aktivs der Partei wird die UZ wieder als attraktives Öffentlichkeitsmaterial wahrgenommen. Rund 70 DKP-Gliederungen verteilen die UZ an ihren Infoständen, auf Veranstaltungen und bei Aktionen. Das ist eine gute Basis - mit Luft nach oben.

Mit der UZ-Aboentwicklung können wir nicht zufrieden sein. Seit den 1990er-Jahren verlieren wir Abonnentinnen und Abonnenten. Dieser Trend konnte nur innerhalb einiger weniger Zeiträume unterbrochen werden. So gelang uns 2014 ein leichtes Abo-Plus und in den zurückliegenden vier Monaten können wir ebenfalls über einen kleinen Zuwachs freuen. Ob diese Entwicklung bis zum Jahresende stabilisiert werden kann, hängt von den Aktivitäten der

gesamten Partei im Herbst ab. Insbesondere die Gewinnung von kostenlosen 6-Wochen-Probeabos ist von hoher Bedeutung, denn 10 bis 15 Prozent dieser ProbebezieherInnen entscheiden sich für ein reguläres Abo.

Stabil ist die Arbeit mit den DKP-Infos, also den Flugblättern zu bestimmten Daten, Themen oder Aktionstagen, die von der Partei gut genutzt werden. Sie schwanken aber noch stark in der Qualität und sind oft abhängig von der Nachfrage, also von arbeitenden Kommissionen oder verantwortlichen Sekretariatsmitgliedern. Während die Friedens- und Gesundheitsinfos meist kollektiv diskutiert und von guter Qualität sind, sind andere Materialien wie das Frauentagsinfo und auch das Umweltinfo kaum kollektiv diskutiert.

Wir denken, dass wir den Gruppen mit der UZ und den DKP-Infos ausreichend zentrales Material für ihre Arbeit zur Verfügung stellen. Wir müssen vor allem weiter an der Qualität arbeiten. Auch daran, diskutierte Parteipositionen oder Diskussionen in der Partei darzustellen.

Die Situation in der UZ-Redaktion ist nicht stabil. Wir haben es gehäuft mit Krankheiten zu tun. Wir haben auch weiterhin das Problem, der mangelhaften Diskussion zwischen Parteiführung und UZ-Redaktion.

Erneut ist es uns nicht gelungen, Hilfe zur Selbsthilfe, also Seminare und Workshops zur Erstellung örtlicher Flugblätter und Kleinzeitungen, zu organisieren. Schlimmer wiegt das im Online-Bereich, der an Bedeutung zunimmt. Auch dazu hatte Lars in seinem Referat der letzten PV-Tagung Aussagen gemacht. Wir hatten mehrfach angekündigt und auch Versuche gestartet,

den Grundorganisationen bei der Erstellung eigener Homepages zu helfen. Eine solche Hilfe wäre auch für andere soziale Medien wie Facebook und Twitter nötig.

Mit der Testseite [dkp.de](http://dkp.de), die ihr bekommen habt, kommen wir der Sache mit Blick auf Homepages für Bezirke, Kreise und Gruppen aber näher. Der nächste Schritt ist eine Musterseite für eine Grundorganisation.

[dkp.de](http://dkp.de) wird eine statische Seite vor allem für Mitglieder der DKP und Sympathisanten. Dort werden Programm, Statut und Öffentlichkeitsmaterialien sowie die PV-Informationen zur Verfügung gestellt. Es wird auch einen Bereich nur für Mitglieder geben. Aktuelle Informationen und Einschätzungen wird es dann auf [unsere-zeit.de](http://unsere-zeit.de) geben. Auch hier haben wir allerdings ein Personalproblem.

Aus diesem Grund ist auch die Pressearbeit ins Stocken geraten. Wir dürfen in diesem Bereich nicht vergessen, dass uns ein Verantwortlicher fehlt. Klaus hat den Bereich interimsmäßig übernommen und er geht zu Lasten seiner Kassierertätigkeit. Wir merken diese Lücke aktuell auch bei der Pressefestvorbereitung und haben noch keine Lösung.

In den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit haben wir auch öffentliche Veranstaltungen und Aktionstage eingeordnet. Wenn wir zurückblicken haben wir tolle Aktionstage organisiert und erlebt. Vom Pressefest, über den Karl-Marx-Geburtstag in Trier, die Novemberrevolution in Kiel, die jährlichen

Aktionen in Büchel und am LL-Wochende. Das erste Mal haben wir auch den Aktionstag in Torgau unter dem Motto „Frieden mit Russland“ zentral und vor allem mit der Hilfe aus Berlin unterstützt. Diese Aktionstage haben bei aller Anstrengung eine große Wirkung nach außen, aber auch nach innen. Das gemeinsame Erleben – zusammen kämpfen – darf nicht unterschätzt werden.

Wir erleben das auch zur Zeit beim Subbotnik an der KLS. Das gemeinsame Arbeiten für den Erhalt unserer Schule ist ein Anziehungspunkt. Mehrere Sympathisanten sind über den Subbotnik Mitglieder unserer Partei geworden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn ich ein Fazit ziehe: Wir haben den Beschluss zur Parteistärkung mit Ausnahmen ordentlich abgearbeitet bzw. wir sind dabei es zu tun. Wir haben in den genannten Bereichen einen Grundstock gelegt, der aber deutlich stärker sortiert und zum Teil reduziert werden muss, der aber vor allem auch in der Partei ankommen muss.

Dabei spielen die Bezirke und Landesorganisationen eine entscheidende Rolle. Die Leitung der Partei allein von oben über Rundbriefe und Mailings ist nicht zielführend. Die Vermittlung der Beschlüsse durch die PV-Mitglieder nicht ausreichend. Die Regionalisierung der Anleitungsbearbeitung durch den Parteivorstand wie wir ihn im Antrag zur Parteistärkung beschlossen haben stößt an personelle Grenzen und ist nicht realisierbar.

Damit sind wir einem Auftrag des Parteitages noch nicht viel näher

gekommen, der hieß: „Der Parteivorstand wird beauftragt, einen Vorschlag zu erarbeiten, wie die Organisiertheit der Partei hinsichtlich der Anleitungstätigkeit, des einheitlichen Handelns und der kollektiven Diskussion gestärkt werden kann.“

Wir sehen hier den nächsten Schritt in der stärkeren Zusammenarbeit mit den Bezirks- und Landesleitung und der Diskussion um ihre Scharnierfunktion. Ebenso in der stärkeren Gewichtung der Auswertung von PV-Tagungen und der Arbeit mit den Referaten des PV in den Bezirken. Auch hier müssen wir die wachsenden Kaderprobleme berücksichtigen.

### **Schlussfolgerungen – Was sind die nächsten Schritte?**

Trotz dieser tendenziell positiven Bilanz will ich klar stellen, dass wir sicher nicht über den Berg sind und dass wir auch nicht einfach so weiter machen können und wollen wie bisher. Es geht darum, deutlich realistischer an die Arbeit zu gehen und die Lage und Geschwindigkeit der Partei stärker zu berücksichtigen. Wir müssen uns deutlich stärker konzentrieren und insgesamt weniger, das aber besser machen. Was also sind aus unserer Sicht die nächsten Schritte:

### **Friedenspolitik**

Die Friedenspolitik muss ein Schwerpunkt unserer Politik bleiben. Wir werden unsere Aktivitäten gegen die US-Atomwaffen in Büchel, für Frieden mit Russland zum Beispiel beim Aktionstag in Torgau und im Widerstand gegen die Truppentransporte durch dieses Land fortführen.

### **Verankerung in der Klasse**

Wir fahren auch fort in der beschriebenen Orientierung auf die Verankerung in der Klasse in Betrieb, Gewerkschaften und Kommune. Darauf wollen wir die Grundorganisationen stärker orientieren. Das wird nicht ohne die mittlere Ebene gehen. Die Bezirks- und Landesvorstände müssen hier die Scharnierfunktion wahrnehmen.

Ein nächster Schritt in dieser Orientierung kann aus unserer Sicht eine Kampagne im Bereich der Öffentlichen Daseinsvorsorge sein. Gedanken waren eine Kampagne zur Gesundheitspolitik oder zum Öffentlichen Nahverkehr im Zusammenhang mit den Tarifeinsetzungen beim ÖPNV. Eine solche Kampagne kann der Vorbereitung der Bundestagswahlen im Sommer/Herbst 2021 dienen.

### **Parteientwicklung/ Gruppenstärkung/ Mitgliedergewinnung**

- Wir erarbeiten auf Grundlage der Erfahrungen der letzten Jahre einen Arbeitsplan für die Bildungsarbeit mit der Priorität auf Bildungszeitungen und Grundlagenschulungen. Ein Schwerpunkt liegt auf der organisationspolitischen Schulung der Gruppenleitungen mit dem neuen Handbuch für Gruppenleitungen
- Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit realisieren wir die Unterstützung der Grundorganisationen im Online-Bereich
- Auf dem Parteitag wollen wir einen Erfahrungsaustausch organisieren und dazu die Delegierten im Vorfeld des Parteitages auffordern in ihren Gruppen Bilanz zu ziehen: Gibt es eine Entwicklung in der Gruppe? Hat

sie mit den Weichenstellungen der letzten beiden Parteitage zu tun? Was braucht die Gruppe, um sich weiter zu entwickeln?

- Nach dem Parteitag werten wir die Erfahrungen bei der Aufnahme neuer Mitglieder aus und diskutieren über das organisierte Herangehen an die Mitgliedergewinnung. Dabei kann der Antrag „Frag doch mal“ an die BDK Ruhr beispielgebend sein.
- Wir nehmen die regelmäßigen Beratungen mit den Bezirken wieder auf und ergänzen sie um regelmäßige Ostberatungen
- Wir erstellen einen realistischen Arbeitsplan für die Stärkung unserer Strukturen in Ostdeutschland, der personell abgesichert werden muss. Dabei können die Bundestagswahlen 2021 ein Schwerpunkt sein.

Liebe Genossinnen und Genossen,

uns ist bewusst, dass diese recht positive Bilanz gelinde gesagt im Spannungsfeld zu der Diskussion um die in der Partei strittigen Fragen steht, die wir zu führen haben. Wir haben uns auch gefragt, ob wir uns etwas vormachen und den Blick für die Realität verloren haben. Ihr dürft und sollt hier gerne unser Korrektiv sein.

Vielen Dank für Geduld und Aufmerksamkeit

**Antrag an den 23. Parteitag der DKP**  
**Antragsteller: Parteivorstand der DKP**

1 **Forderungen der Deutschen Kommunistischen Partei für Ostdeutschland – gegen**  
2 **Krieg, Armut und Demütigung**

3  
4 Ostdeutschland – diese Bezeichnung findet sich in keiner Karte und ist kein offizieller Be-  
5 griff. Dennoch wird sie umgangssprachlich, auch in der Sprache der Politik und in den Me-  
6 dien für die Bundesländer auf dem Gebiet der DDR genutzt, die seit dem 3. Oktober 1990  
7 mit dem Anschluss der DDR an die BRD das heutige kapitalistische Deutschland ausma-  
8 chen. Nach dem Versprechen der „blühenden Landschaften“ war das erste Jahrzehnt der  
9 neuen Bundesländer geprägt von einem Rollback und der Delegitimierung von allem, was  
10 möglicherweise mit der DDR zu tun gehabt haben könnte. Egal, ob es einfach nur das  
11 Recycling-System der Wiederverwertung von Sekundärrohstoffen war, das weltweit vorbild-  
12 liche Schulsystem, die flächendeckende Versorgung in der Kinderbetreuung oder das für die  
13 Bevölkerung kostenlos nutzbare Gesundheitssystem mit Polikliniken und Forschungsein-  
14 richtungen. Die Konterrevolution vernichtete alle sozialistischen Errungenschaften.

15  
16 Auf Biegen und Brechen wurde Allem das kapitalistische Wirtschaftssystem übergestülpt.  
17 Gesellschaftliche Eliten aus staatlichen Einrichtungen, Wissenschaft und Forschung wur-  
18 den ausgetauscht und verfolgt. Westdeutsche Monopole konnten via Treuhandgesellschaft  
19 mögliche Konkurrenz aufkaufen und ausschalten. Es folgte eine Deindustrialisierung einer  
20 ganzen Region – einmalig in der Geschichte Deutschlands. Gezahlt haben es die Werktä-  
21 tigen selbst in Ost- und West durch entsprechende Steuern. Millionen Werktätige verloren  
22 ihre Existenz. Hauptverliererinnen waren die Frauen der DDR. Sie wurden als erste aus dem  
23 Arbeitsprozess gedrängt und verloren ihre Eigenständigkeit. Auf einen Schlag gehörten Fa-  
24 milie und Beruf nicht mehr zusammen, waren Lohn- und Chancengleichheit abgeschafft.

25  
26 Die nächsten zwei Jahrzehnte zementierten diese Zustände fast umfassend. Gleichzeitig  
27 wurde mit der so genannten „Agenda 2010“ mit Hilfe der „Hartz-Reformen“ der gesamte Ar-  
28beitsmarkt in Deutschland dereguliert, wurden Werktätige in Armut geschoben und prekäre  
29 Arbeitsverhältnisse insgesamt etabliert. Der verlorene Streik der IG Metall zur Einführung der  
30 35 Stundenwoche führte zu einer Schwächung der Gewerkschaften. Von der Abwicklung  
31 der DDR in Verbindung mit diesem größten Sozialraub seit Kriegsende hat sich der Osten  
32 Deutschlands bis heute nicht erholt. Der „Aufbau Ost“ war ein großes Geschäft und ist  
33 gleichzeitig eine große Lüge.

34  
35 Die Unsicherheit der Lebensverhältnisse hat zugenommen. Die Regierung hält an ihrer Poli-  
36 tik der Stärkung der Starken und Schwächung der Schwachen fest, wie es dem neoliberalen  
37 Denken entspricht. Hinzu kam eine Kampagne der Herrschenden zur Delegitimierung aller  
38 gesellschaftspolitischen Strukturen oder Errungenschaften der Deutschen Demokratischen  
39 Republik. Nichts durfte in einem positiven Licht erscheinen.

40  
41 Die Wahlen der letzten Jahre machten deutlich, dass der Unterschied zwischen Ost und  
42 West, weil er dem Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital entspringt, wohl tiefgehender  
43 und langwieriger ist, sich sogar noch verfestigt hat. Umfragen machen deutlich, dass die  
44 Entwicklung der letzten Jahrzehnte die Bindung sehr vieler Menschen in Ostdeutschland zu  
45 ihrer Vergangenheit nicht gebrochen hat und die Entwicklungen als Unrecht wahrgenommen  
46 werden. Die etablierten Parteien, einschließlich der Partei Die Linke, die einst als Protestpar-  
47 tei galt, haben an Glaubwürdigkeit verloren.

48  
49 30 Jahre nach dem Anschluss der Deutschen Demokratischen Republik an die BRD ist  
50 nüchtern zu bilanzieren:

- 51  
52 • Die Bevölkerung in den ostdeutschen Ländern muss heute erleben, wie US-Truppen-  
53 transporte in Richtung russische Grenze verlegt werden. Was vor 30 Jahren undenkbar  
54 war, ist plötzlich eine ernsthafte Gefahr: ein Krieg gegen Russland.

55

56 • Infolge der entschädigungslosen (!) Enteignung vom Volkseigentum der DDR-Bevölke-  
57 rung und der damit einhergehenden Zerschlagung der Industrie und der Landwirtschaft  
58 durch die Treuhand ist Ostdeutschland in weiten Teilen zu einer staatlich organisierten  
59 Armutszone geworden. Bis heute bestehen deutliche Unterschiede in den Löhnen der  
60 Werkstätigen und in den Renten der Menschen zwischen Ost und West.

61

62 • Junge Werkstätige müssen ihre Heimat verlassen, um eine Chance zu haben, einem un-  
63 würdigen Berufsleben im Niedriglohnsektor oder als ALG-II-Aufstocker zu entgehen.  
64 Nicht selten wählen sie den Weg in die Bundeswehr, die ihr Leben aufs Spiel setzt für die  
65 BRD-Superreichen, die für die Perspektivlosigkeit verantwortlich sind.

66

67 • Der Osten Deutschlands wird vom westdeutschen Kapitalismus bis heute wie eine ko-  
68 loniale Bürokratie und mit Kolonialkommissaren beherrscht. Nicht einmal jede vierte  
69 Führungsposition in den östlichen Bundesländern wird von Ostdeutschen besetzt. Dies  
70 gilt für Verwaltung, Justiz, Politik und Wirtschaft gleichermaßen. Zum Abräumen der  
71 DDR gehörte der Kahlschlag in der ostdeutschen Intelligenz, der anhält und tiefe Spuren  
72 hinterlassen hat.

73

74 • Die Geschichte der Menschen im Osten, die Geschichte des die Völkerfreundschaft  
75 fördernden sozialistischen Sozial- und Friedensstaates DDR, wird gezielt und von der  
76 Regierung stabsmäßig organisiert verdrängt und verächtlich gemacht – sei es durch den  
77 Abriss symbolträchtiger DDR-Architektur, wie dem Palast der Republik, westdeutsche  
78 Märchenstunden über die DDR in Gedenkstätten oder die Verwahrlosung antifaschis-  
79 tischer Denkmäler – ja überhaupt der Absenkung der Hemmschwelle im gesellschaft-  
80 lichen und individuellen Bewusstsein gegenüber Gewalt, Rassismus, Faschismus und  
81 Krieg.

82

83 Angesichts dieser Bilanz, die sich aus dem Profitprinzip des Kapitalismus selbst ergibt, be-  
84 zieht die DKP nicht nur für Ostdeutschland folgende Positionen:

85

86 1. Das Gebot der Stunde heißt: Frieden mit Russland! Weg mit den Sanktionen! Schluss mit  
87 der Russophobie! Wir wenden uns dagegen, dass Ostdeutschland als Transitstrecke für  
88 US-Truppen Richtung der russischen Grenze missbraucht wird. Wir fordern die sofortige  
89 Beendigung der Bundeswehr-Kriegseinsätze und einen sofortigen Rückzug der NATO-  
90 Truppenstationierungen an der russischen Grenze. Es hat zu gelten: Von deutschem  
91 Boden darf nie wieder Krieg ausgehen!

92

93 Wir wenden uns gegen die Aufrüstung der Bundeswehr – aktuell insbesondere gegen jene  
94 nach NATO-Kriterien – auf Kosten von notwendigen Investitionen unter anderem zur  
95 Bekämpfung des Pflegenotstandes in den Kliniken und des Lehrermangels und für den  
96 Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs

97

98 2. Anhebung der Löhne und Renten in Ost und West jetzt! Schluss mit der entwürdigenden  
99 ungleichen Bezahlung der ostdeutschen Werkstätigen gegenüber ihren Westkollegen, die  
100 zusätzlich als Druckmittel gegen die Beschäftigten im Westen wirkt. Schluss mit den  
101 ungleichen Renten und dem Rentenstrafrecht. Bedingungslose Anerkennung aller DDR-  
102 Bildungs- und Berufsabschlüsse!

103

104 3. Wir fordern ein Recht auf Arbeit und die Durchsetzung dieses Rechtes vor Ort! Dazu brau-  
105 chen wir den Wiederaufbau einer leistungsfähigen Industrie in staatlicher Hand unter ra-  
106 dikal demokratischer Kontrolle, also nicht auf die Interessen des Großkapitals fixiert, die  
107 zu spürbarer Reduzierung der im Osten doppelt so hohen Massenarbeitslosigkeit führt  
108 und die Abwanderung junger Fachkräfte und ihrer Familien eindämmt. Keine weiteren  
109 Betriebsschließungen! Ursache der gewaltigen Strukturprobleme ist die kapitalistische  
110 Grundstruktur selbst.

111

112 4. Wir fordern die Wiederherstellung der Gleichstellung der Frauen. Dazu gehören gleicher

Verdienst und gleiche Entwicklungsmöglichkeiten, die flächendeckende Versorgung mit Kindertagesstätten und die Unterstützung von Familien durch zinslose staatliche Kredite. Die Paragraphen 218 und 219 müssen gestrichen werden. Der Internationale Frauentag am 8. März soll ein bundesweiter Feiertag werden.	113 114 115 116 117
5. Die Besetzung von Verwaltung, Justiz, Politik und Wirtschaft in kolonialer Manier durch Westdeutsche Beschäftigte ist zu beenden und durch die gezielte Förderung Ostdeutscher zu ersetzen. Die kolonialen Exzesse haben mit ihrem grenzenlosen Vernichtungswillen ein DDR-Erfahrungskollektiv aus Jung und Alt geschaffen, das die Aufhebung der fremdherrschaftskapitalistischen Produktionsweise als wesentlich betrachtet. Die Stimme dieser Erfahrung - mit der Menschlichkeit im Mittelpunkt - fehlt, um gegen die marktradikalen Konzepte zukunftsfähige Konzepte für Ost und West einzufordern.	118 119 120 121 122 123 124 125
6. Gleiche Bildungschancen für alle! Erfolgreiche Schulbildung und ein Studium dürfen nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir fordern eine Bildungsreform, die an dem weltweit anerkannten einheitlichen Schulsystem der DDR anknüpft. Ebenso müssen qualifizierte Berufsausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Betriebe, die nicht ausbilden, müssen eine Ausbildungumlage zahlen. Nur so können junge Menschen auch eine Perspektive erhalten.	126 127 128 129 130 131 132
7. Einführung einer Reichensteuer für große Vermögen, von Steuern auf Spekulationsgewinne und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Keine Einführung und Rücknahme eines gesetzlichen Sparzwangs durch die Verankerung einer sogenannten Schuldenbremse in die Länderverfassungen! Keine Politik der „schwarzen Null“ als Hintertür für die Verweigerung von Investitionen!	133 134 135 136 137 138
8. Wiedereinführung der unentgeltlichen medizinischen Betreuung sowie der kostenlosen Abgabe von Medikamenten. Schluss mit der kommerziell bedingten Limitierung der medizinischen Betreuung. Errichtung eines Gesundheitswesens, das tatsächlich humanistischen Leitlinien statt Profitinteressen folgt. Rauf mit den Löhnen und dem Personalschlüssel für Pflegekräfte! Gegen jegliche Privatisierung und Schließung von Krankenhäusern. Keine „Zwei-Klassen-Medizin“!	139 140 141 142 143 144 145
9. Schuldenschnitt für die Kommunen und Rücküberführung der kommunalen Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand unter radikal demokratischer Kontrolle – keine Privatisierungen jeglicher Form! Wiederherstellung kostenlos nutzbarer kommunaler Dienstleistungen einschließlich kostenfreien Nahverkehrs. Wohnungsmieten, die nicht zur Verelendung und Ausdünnung der Städte führen! Schluss mit dem Abriss und der Privatisierung der von der DDR errichteten Wohnungen und Gesellschaftsbauten sowie antifaschistischen Gedenkstätten!	146 147 148 149 150 151 152 153
10. Ausbau des Nahverkehrs in der Fläche zur Erhöhung der Mobilität für breite Bevölkerungsteile in der Stadt und im ländlichen Raum, als Beitrag zum Schutz von Gesundheit und Umwelt durch Reduzierung des Autoverkehrs. Güterverkehr muss ab 50 Kilometer von der Straße auf die Schiene verlagert werden.	154 155 156 157 158
11. Verbot aller Organisationen mit faschistischen, rassistischen und ausländerfeindlichen Zielen! Aburteilung und Enteignung ihrer häufig aus Westdeutschland stammenden Hintermänner und Geldgeber entsprechend Art.139 des Grundgesetzes. Konsequente Wiedereinführung antifaschistischer und humanistischer Lehrinhalte an allen Schulen, Hochschulen und Universitäten! Abschaffung des Verfassungsschutzes.	159 160 161 162 163 164
12. Ungehinderte und unverfälschte Verbreitung von DDR-Literatur, -Kunst und -Geschichte! Rehabilitierung aller politischen, militärischen, wissenschaftlichen und kulturellen DDR-Funktionsträger! Schluss mit der Demütigung der DDR-Biografie tausender Werktätiger – Schluss mit der Hetze gegen den ersten Friedensstaat auf deutschem Boden! Aufhebung der Privilegien, die Kultur nur für Eliten möglich macht.	165 166 167 168 169 170

171 Wir Kommunistinnen und Kommunisten sind uns bewusst, dass es dafür eines langen soli-  
172 darischen Widerstandes aller arbeitenden Menschen in Ost und West bedarf. Wir sind uns  
173 bewusst, dass diese Forderungen nur gegen den erbitterten Widerstand einer Minderheit  
174 von Superreichen in unserem Land durchgesetzt werden können, die über Politiker, Ge-  
175 heimdienste, Medien und Polizei verfügen.

176

177 Aber 30 Jahre Kapitalismus in Ostdeutschland haben gezeigt: So wie es ist, kann es nicht  
178 bleiben – unsere Solidarität gegen ihre Profite! Wir sagen es ganz unverblümt: Ohne einen  
179 neuen sozialistischen Anlauf, ohne die Lösung der Eigentumsfrage und die Lösung der Sys-  
180 temfrage wird es keine Perspektive für die Lohnabhängigen und Ausgegrenzten im ganzen  
181 Land geben. Dafür gilt es zu kämpfen! Es gibt für die Arbeiterklasse in Deutschland kei-  
182 ne Orientierung im Klassenkampf, keine Überwindung ihrer materiellen und ideologischen  
183 Schwierigkeiten, ohne die richtige Einschätzung der inneren Zerrissenheit des gesamten  
184 Landes – nicht nur in Ost und West - und ohne die richtige Bestimmung ihres Verhältnisses  
185 zu Russland und auch zur DDR.

**Antrag an den 23. Parteitag**  
**Antragsteller: Parteivorstand der DKP**

1 **Internationale Arbeit der DKP**

2

3 Die DKP lässt sich bei ihrer internationalen Arbeit vom Prinzip des proletarischen Internationalismus leiten. Sie erachtet die Intensivierung der Zusammenarbeit der Kommunistischen und Arbeiterparteien als entscheidenden Weg zur Stärkung der revolutionären und antiimperialistischen Bewegung im globalen Maßstab. Dabei erkennt die DKP an, dass es unterschiedliche Auffassungen zwischen Kommunistischen und Arbeiterparteien zu einer Reihe von Fragen gibt. Diese können und müssen Gegenstand einer solidarischen inhaltlichen Debatte zwischen den Parteien sein. Die Debatte, die gemeinsame Praxis und der Austausch über die geführten Kämpfe können zu Erkenntnisgewinn führen und damit das Wirken aller Parteien, aber auch der kommunistischen Weltbewegung in der Gesamtheit, verbessern helfen.

13

14 Die DKP lässt sich von der Erfahrung leiten, dass die Stärkung der internationalen revolutionären Bewegung zugleich die Stärkung der revolutionären Bewegung in den einzelnen Ländern einschließt. Die DKP verbindet das konsequente Eintreten für die Interessen der Werktätigen im eigenen Land mit der solidarischen Unterstützung des Kampfes der fortschrittlichen Kräfte in der ganzen Welt. Dabei geht die DKP von dem Grundsatz aus, dass jede Kommunistische Partei ihre Politik selbständig erarbeitet. Sie trägt hierfür die Verantwortung vor der eigenen Arbeiterklasse und Gesellschaft und zugleich vor den Werktätigen aller Länder.

22

23 Wir setzen uns für die Intensivierung und Stärkung der Zusammenarbeit der Kommunistischen und Arbeiterparteien ein, vor allem derer, die im Solidnet zusammengeschlossen sind und die jährlichen Beratungen der „Internationalen Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien“ (IMCWP) durch führen. Ein offener Meinungs austausch auf der Basis von Selbstständigkeit, Unabhängigkeit, Gleichberechtigung und freiwilliger Zusammenarbeit erweitert unsere wissenschaftliche Weltanschauung. Dabei handeln wir nach dem Prinzip, dass Kommunistische Parteien gleichrangig sind, unabhängig von ihrer Größe oder ihrem Einfluss in der Gesellschaft. Die DKP übt Solidarität mit Schwesterparteien und Genossinnen und Genossen, die Verfolgung und Kriminalisierung ausgesetzt sind.

32

33 Der Kampf für den Frieden und gegen die Kriegspolitik der NATO, der USA und der EU hat auch in der internationalen Arbeit der DKP Priorität. Dabei suchen wir die Abstimmung mit unseren Schwesterparteien.

36

37 Die DKP entwickelt ihre Zusammenarbeit mit allen Kommunistischen Parteien in führender Regierungsverantwortung weiter: In der VR China, der Republik Kuba, der DVR Laos und der SR Vietnam. Eine Intensivierung des Kontakts zu Vertretern der DVR Korea ist wünschenswert um ein besseres Bild vom dortigen Gesellschaftsmodell zu bekommen. Hinsichtlich ihrer Erfolge in ihrem Bemühen, in einer kapitalistischen Welt alternative Entwicklungswege zu gehen, aber auch hinsichtlich ihrer Schwierigkeiten beim sozialistischen Aufbau innerhalb ihrer nationalen Bedingungen müssen diese Staaten in unseren und in den wenigen fortschrittlichen Medien in diesem Land stärkere Aufmerksamkeit bekommen. Dazu werden wir in Zusammenarbeit mit den Botschaften auch die Möglichkeit von Informationsveranstaltungen nutzen.

47

48 Für die DKP ist dabei die Frage, welche Entwicklungsrichtung die Volksrepublik China einschlägt, von großer Wichtigkeit. Die VR China, die zum Teil auf privatwirtschaftliche Elemente setzt, hat große Erfolge bei der Bekämpfung der Armut im Lande erzielt und hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt. Eine solche Entwicklung unter Führung der Kommunistischen Partei ist von großer Bedeutung für die weltweite Entwicklung und die Stärkung der fortschrittlichen Kräfte. Wir analysieren die Entwicklung dieses Landes jenseits der Vorurteile und Verfälschungen bürgerlicher Ideologen. In Deutschland stellen wir uns gegen antichinesische Hetze.

54

55

56 Kuba, das auf unsere Solidarität auch bei seinen neuen Wegen in der Wirtschaftspolitik setzen  
57 kann, soll durch die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der USA und die Verschär-  
58 fung durch die Inkraftsetzung von Abschnitt III und IV des „Helms/Burton-Gesetzes“ ausge-  
59 blutet und demobilisiert werden. Bereits in der Sonderperiode hat die DKP Kuba und seinen  
60 sozialistischen Entwicklungsweg mit zahlreichen Solidaritätsprojekten unterstützt. Dadurch  
61 hat sich für viele Mitglieder der DKP und für die Partei insgesamt eine hohe Verbundenheit mit  
62 der Kubanischen Revolution ergeben. Diese wollen wir auch heute nutzen, um in Abstimmung  
63 mit der KP Kubas bzw. der Botschaft der Republik Kuba konkrete Solidarität zu entwickeln.

64

65 Trotz verbaler Stellungnahmen durch EU und Bundesregierung gegen die Blockadepolitik  
66 der USA fehlen praktische Schritte fast vollständig. Wir protestieren gegen diese Blockade,  
67 der sich Kuba international ausgesetzt sieht, und wir informieren weiter über die Weiterent-  
68 wicklung des sozialistischen Aufbaus in Kuba und die dortigen Entwicklungen in Wirtschaft  
69 und Gesellschaft. Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba ist unsere Ansprechpartnerin in  
70 der Solidaritätsarbeit.

71

72 Laos ist ökonomisch schwach und daher in einer komplizierten Situation. Mit der Revolu-  
73 tionären Partei des Laotischen Volkes hat die DKP 2016 erste Schritte zur Vertiefung der  
74 Beziehungen einleiten können. Die soliden Kontakte zur Botschaft des Landes führen zu  
75 regelmäßigen Teilnahmen an Aktivitäten der DKP. Diese möchten wir weiter festigen.

76

77 Vietnam als das zweitgrößte Land mit sozialistischer Entwicklungsrichtung geht – ähnlich  
78 wie China – die Probleme, welche die Einführung privatwirtschaftlicher Zweige mit sich ge-  
79 bracht hat, offen und offensiv an. Vietnam stärkt nach langanhaltender Fremdbestimmung  
80 seine wirtschaftliche wie militärische Unabhängigkeit. Die Freundschaftsgesellschaft Viet-  
81 nam und die Botschaft Vietnams können den Blick für die besondere Situation des Landes  
82 stärken, das beim sozialistischen Aufbau eine enge Partnerschaft mit Kuba unterhält. Daher  
83 streben wir ihre regelmäßige Teilnahme an unseren Aktivitäten an.

84

85 Die DVR Korea, die von einer Arbeiterpartei regiert wird und einen nicht-kapitalistischen  
86 Weg geht, gehört zu den Ländern, die ständiger Aggression von Seiten des US-Imperialis-  
87 mus ausgesetzt sind. Gleichzeitig haben sich hier in den letzten zwei Jahren Bewegungen  
88 innerhalb und außerhalb der koreanischen Halbinsel ergeben, die für den Kampf gegen die  
89 Kriegsgefahr wichtig sind.

90

91

## 92 **Europa**

93

94 Im Mittelpunkt der internationalen Arbeit der DKP steht die Zusammenarbeit mit den Kom-  
95 munistischen Parteien Europas. Die kontinuierliche Arbeit mit den BeNeLux-Parteien im  
96 Rahmen der Vier-Parteien-Konferenzen wird fortgesetzt. Bei der Intensivierung der Bezie-  
97 hungen auch zu anderen europäischen Kommunistischen Parteien aus dem EU-Raum liegt  
98 ein besonderer Fokus der Zusammenarbeit auf dem Kampf gegen die Militarisierung und  
99 die anti-soziale Politik der EU. Hier hat es in den letzten Jahren viele neue oder intensivere  
100 Kontakte gegeben. Ein Ausbau der Kontakte zu osteuropäischen Parteien außerhalb der EU  
101 ist angesichts der Kriegspolitik der NATO von großer Bedeutung.

102

103

## 104 **Asien und Naher Osten**

105

106 Die genannte Schwerpunktsetzung wird in den nächsten Jahren durch eine verstärkte Zu-  
107 sammenarbeit mit den kommunistischen Kräften Asiens ergänzt. Diese Region ist nach wie  
108 vor zentrales Betätigungsfeld der USA, Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands,  
109 um die Zerschlagung von Staaten voranzutreiben, die ein Hindernis für die imperialistische  
110 Weltordnung darstellen. Die Ziele Syrien und Iran sind Schritte auf dem Weg zu einer Um-  
111 zingelung der Russischen Föderation und der VR China, die die Gefahr einer militärischen  
112 Konfrontation erhöht.

	113
Die Politik der Russischen Föderation hat in den letzten Jahren zu einer Stabilisierung der	114
Situation in Syrien und zu einer Eindämmung des zerstörerischen Einflusses von USA und	115
NATO geführt. Die DKP verteidigt die Souveränität Syriens, des Irak und des Iran und nutzt	116
die engen Kontakte zu den Kommunistischen Parteien dieser Länder um Solidarität zu ent-	117
wickeln. Wir unterstreichen die Solidarität mit Palästina. Dabei weisen wir die Denunziation	118
von Kritik an der aggressiven Apartheidpolitik der israelischen Regierung als Antisemitismus	119
entschieden zurück.	120
	121
	122
<b>Afrika und Lateinamerika</b>	123
	124
Darüber hinaus werden gemäß unseren Möglichkeiten die ersten Ansätze von mehr Kon-	125
takten zu afrikanischen KPen ebenso fortgeführt wie die seit vielen Jahren soliden Kontakte	126
zu den KPen und Befreiungsbewegungen Lateinamerikas. Wir begleiten solidarisch die Be-	127
mühungen einiger afrikanischer Regierungen, im Interesse ihrer Völker die Wirtschaft gegen	128
imperialistische Einflussnahme aufzubauen.	129
	130
In Lateinamerika unterstützen wir die um Wege jenseits der kapitalistischen Verwertungs-	131
logik kämpfenden Völker, konkret in Venezuela, Nicaragua und Bolivien. Diese stehen unter	132
großem Druck von Seiten des US-Imperialismus. Die derzeitige US-Aggression insbeson-	133
dere gegen Venezuela richtet sich gegen jegliche fortschrittliche Entwicklung in der Region.	134
Die DKP setzt ihre Solidarität mit der KP Venezuelas fort.	135
	136
	137
<b>Berichterstattung in der UZ</b>	138
	139
Die UZ wird in Zusammenarbeit mit der Internationalen Kommission regelmäßig über die	140
Internationale Arbeit der DKP, die Entwicklung in den genannten Ländern und Regionen	141
und die Arbeit der Kommunistischen Parteien berichten. Entsprechend der oben benannten	142
Schwerpunkte unserer internationalen Arbeit liegen auch Schwerpunkte der Berichterstat-	143
tung auf Europa und den Ländern, die den sozialistischen Aufbau durchführen.	144
	145
Mit diesem Beschluss definieren wir die Arbeitsgrundlage der Internationalen	146
Kommission des Parteivorstands. Dazu gehört vor allem die Zusammenarbeit mit	147
Kommunistischen Parteien im internationalen Maßstab. Die Solidaritätsarbeit der	148
DKP und die Arbeit mit MigrantInnenorganisationen innerhalb Deutschlands sind	149
Aufgabe der Gesamtpartei und des Parteivorstands und sind nicht Bestandteil die-	150
ses Beschlusses.	151

## **Weitere Beschlüsse**

### ***Internationale Einladungen beim 23. Parteitag***

Die DKP lädt zum 23. Parteitag neben den Botschaften Chinas, Kubas, Laos' und Vietnams die Bruderparteien, mit denen sie in der 4-Parteien-Konferenz zusammenarbeitet, und diejenigen Bruderparteien ein, die über Strukturen in Deutschland verfügen.

(einstimmig angenommen)

#### **Begründung:**

Unabhängig von dieser Einladung würde 2020 zum Pressefest – entsprechende Beschlusslage vorausgesetzt – weltweit eingeladen.

Diese Einladung soll den Kreis der Parteien, die unsere Politik über den Charakter eines Festes hinaus auch in der Debatte und Beschlussfassung erleben wollen, über die 4 Parteien-Konferenz hinaus erweitern. Dazu sind genau diejenigen Parteien, die hier in Deutschland politisch arbeiten, eine gute Wahl. Eine weltweite Einladung, die politisch natürlich vorrangig wäre, ist allerdings organisatorisch und finanziell zurzeit nur schwierig zu stemmen.

### ***Finanzplan / 23. Parteitag der DKP 28.02. - 1.03.2020 in Frankfurt/Main***

1. Die Delegiertenwahlen für den 23. Parteitag der DKP finden erstmals auf Gruppenebene statt, daher wird sich die Delegiertenzahl gegenüber dem 22. Parteitag deutlich erhöhen. Dies führt bei der Anmietung geeigneter Tagungsräume zu überproportionalen Kostensteigerungen, da nicht mehr im Haus der Jugend getagt werden kann.
2. Die Finanzplanung für den 23. Parteitag sieht ausgeglichene Einnahmen und Ausgaben vor. Ein Zuschuss aus dem zentralen Budget ist, abgesehen vom Personaleinsatz, nicht vorgesehen. Der Parteivorstand ruft zu einer Spendensammlung zur Finanzierung des 23. Parteitages auf.
3. Die Kostenumlage beträgt für den 3-tägigen Parteitag unverändert 160 € je Delegierte/n. In diesem Betrag sind die Tagungskosten, 2 Übernachtungen sowie die Verpflegung enthalten. Die Gesamtkosten werden durch die Bezirks-/Landesverbände an den PV abgeführt. Die Delegierten werden um eine Spende in Höhe von je 80 € (+/-) an die Bezirke/LV gebeten.
4. Gäste werden durch die Bezirks- und Landesvorstände beim Sekretariat des PV angemeldet. Sie zahlen 80 € inklusive Verpflegung und können die Übernachtung zusätzlich buchen. Die Übernachtungskosten betragen inkl. Frühstück 40 € je Person/Nacht im 2/4-Bettzimmer. Für rechenschaftspflichtige, nicht delegierte GenossInnen gelten die gleichen Konditionen.

(einstimmig angenommen)

<b>Beschluss des Finanzplans des 23. Parteitages / Parteivorstand der DKP</b>					
<b>Finanzplan</b>					
<b>23. Parteitag der DKP 28.02. - 1.03.2020,</b>					
<b>Frankfurt/Main</b>					
<b>Bezeichnung</b>	<b>Anmerkung</b>	<b>Anzahl</b>	<b>Einzelkosten/ €</b>	<b>Einnahmen</b>	<b>Ausgaben</b>
Dekoration, Transport, Sonstiges					2.000,00 €
Internationale Gäste	Verpflegung, Übernachtung				2.000,00 €
Leitantrag	Herstellung, Vertrieb				2.000,00 €
Parteitagsunterlagen (außer Leitantrag)	Herstellung, Vertrieb				3.000,00 €
Saalmiete/Technik					9.000,00 €
Spendenaufruf UZ				5.000,00 €	1.000,00 €
Spendensammlung auf Parteitag				2.000,00 €	
Spendenempfehlung Delegierte		225	80,00 €	18.000,00 €	
Spendenempfehlung Gäste/DKP		50	50,00 €	2.500,00 €	
Übernachtung/Frühstück	Gäste, Helfer	60	80,00 €		4.800,00 €
Übernachtung/Frühstück	Delegierte	225	80,00 €		18.000,00 €
Verpflegung	Gäste, Helfer	75	12,00 €		900,00 €
Verpflegung	Delegierte	225	12,00 €		2.700,00 €
Zuschuss Bezirke/LV für Delegierte		225	80,00 €	18.000,00 €	
<b>Summe</b>				45.500,00 €	<b>45.400,00 €</b>
<b>Saldo</b>					<b>100,00 €</b>

## ***Vorläufige Antragskommissionen für den 23. Parteitag der DKP***

### **AK 1 - Leitantrag**

Melina D.

Marc E.

Männe G.

Richard H.

Erik H.

Barbara M. A.

Rainer P.

### **AK 2 – Anträge zu Ökologie, Gesundheit, Ostdeutschland**

Nicole D.

Olaf H. (Leiter)

Diana K.

Herbert M.

Tina S.

NN

### **AK 3 – Internationaler Antrag, Schritte zur Programm-Erarbeitung, Pressefest, Weitere Anträge**

Björn B. (Leiter)

Gianna H.

Renate K.

Björn S.

Burgi S.

(einstimmig, bei einer Enthaltung angenommen)

## ***21. Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien***

Zum Treffen der KPen und Arbeiterparteien (18. bis 20.10.2019 in Izmir) delegiert der Parteivorstand den Genossen Patrik Köbele und die Genossin Renate Koppe.

(einstimmig angenommen)

## ***Die Blockade gegen Kuba beenden!***

### **Erklärung des Parteivorstandes der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)**

Der Parteivorstand der Deutschen Kommunistischen Partei verurteilt die neuerlichen Verschärfungen der fast sechzig Jahre andauernden Finanz-, Handels und Wirtschaftsblockade gegen die Republik Kuba auf das Schärfste. Diese äußert sich vor allem in der Blockierung von Nahrungsmittelkäufen, Finanzgeschäften, Öllieferungen und sogar der Unterbindung des Erwerbs von Medikamentengrundstoffen durch die Regierung und andere offizieller Stellen der USA.

Die DKP fordert die Bundesregierung unmissverständlich auf, sich gegen diese Blockade gerade in den Gremien der EU und bilateral gegenüber den USA einzusetzen, denn sie widerspricht Verträgen der Vereinten Nationen, ihrer Unterorganisationen und auch der in der WTO festgelegten internationalen Vereinbarungen. Die Politik der Blockade der USA versucht das kubanische Volk in die Knie zu zwingen. Das gelingt ihnen seit nach sechs Jahrzehnten nicht, denn Kuba wird seine Souveränität niemals aufgeben! Der nächste Schritt der USA wäre ein offener Krieg.

Die Politik der USA zielt dabei gleichermaßen auf Venezuela und Kuba ab, wenn Öllieferungen aus Venezuela für das befreundete Kuba unterbunden werden. Mit einer Seeblockade gegen Kuba begäben sich die USA auf die Ebene eines Wirtschaftskrieges durch Aushungern, was die Charta der Vereinten Nationen als Genozid wertet.

Der deutsche Außenminister Maas, der die rechtsextremistischen Präsidenten Brasiliens und Kolumbiens als Freunde und in Venezuela einen Putschisten als rechtmäßigen Präsidenten ansieht, macht sich wie die gesamte Bundesregierung durch anhaltendes Schweigen zum Komplizen dieses geplanten und vor aller Augen eingeleiteten Völkermords – wer ein anderes Volk dem Aushungern ausliefert, schreckt grundsätzlich auch nicht vor anderen Verbrechen zurück. In keiner Weise ausreichend ist das jährliche Nein der EU-Staaten zur Blockade Kubas durch die USA in der Vollversammlung der Vereinten Nationen, wenn danach keine Taten folgen.

Die DKP drückt ihre Solidarität mit Kuba aus, das ungeachtet aller Aggressionen an seinem Weg des Aufbaus des Sozialismus festhält. In enger Abstimmung mit der kubanischen Regierung und der Kommunistischen Partei wird sie weiter nach Wegen suchen, die Blockade zu bekämpfen und zu umgehen und damit in internationalistischer Tradition Solidarität mit Volk und Regierung Kubas zu üben. Zum Treffen der KPen und Arbeiterparteien (18. bis 20.10.2019 in Izmir) delegiert der Parteivorstand den Genossen Patrik Köbele und die Genossin Renate Koppe.

(einstimmig angenommen)

## ***Unblock Cuba***

Die DKP unterstützt die internationale Solidaritätskampagne „Unblock Cuba“. Das Sekretariat des Parteivorstandes wird beauftragt weitere Absprachen auch hinsichtlich der finanziellen Beteiligung mit den Organisatoren zu treffen.

(einstimmig angenommen)

## **weitere Materialien**

### ***Diskussionsgrundlage zur Ausrichtung eines Antrags an den 23. Parteitag: "Gesundheitspolitische Positionen der DKP"***

#### **Zielsetzung:**

- Das Programm wendet sich an die Grundorganisationen der Partei und soll diese befähigen, zur Gesundheitsfrage politisch aktiv zu werden und eingreifen zu können; es ist Selbstverständigung innerhalb der Partei und Handlungshilfe
- Das Programm wendet sich außerdem an alle Aktiven (Beschäftigte als auch Patient\*Innen) in der Bewegung für Mehr Personal im Gesundheitsbereich, unter Umständen bedarf es hierfür nochmal einer „Übersetzung“ des Programms, diese muss dann aber später erfolgen
- Das Programm enthält eine Analyse der aktuellen Situation im Gesundheitsbereich, eine politische Orientierung mit tagesaktuellen und mittelfristigen Forderungen und eine Strategie und Perspektive für die Kämpfe im Gesundheitsbereich;
- Das Programm soll folgende Fragen beantworten:
- Wie sieht die Situation im Gesundheitsbereich aus? Welches sind die drängendsten Probleme der Arbeiterklasse? Was ist das Interesse des Kapitals in der Gesundheitsfrage?
- In welche Richtung müssen wir die Situation verändern? Welches sind unsere tagesaktuellen und mittelfristigen Forderungen? Wie können wir diese durchsetzen? Wie können wir die Verhältnisse verändern? Wo liegen unsere Möglichkeiten, wo können wir anknüpfen?

#### **Grundsätzlich:**

- Gesundheitsfrage ist ein Feld des allgemeinen Klassenkampfes
- In dem Programm sollte die besondere Situation von Frauen und Migrant\*Innen Beachtung finden
- Es sollten im Programm Prinzipien aufgestellt werden, wie eine gute Gesundheitsversorgung gestaltet sein sollte, aber keine detaillierte Beschreibung, wie ein Gesundheitssystem im Sozialismus aussehen sollte, erst im Sozialismus/ Kommunismus kann es eine Versorgung geben, die sich am Bedarf des Menschen ausrichtet
- Das Programm soll auf die zentralen Probleme und Handlungsmöglichkeiten orientieren und erhebt nicht den Anspruch der ganzheitlichen Darstellung in der Analyse und Darstellung der Problemfelder, Forderungen und Handlungsmöglichkeiten im Gesundheitswesen
- Zum Abschluss jedes Kapitels/Themenfelds werden unsere Aufgaben als Partei dargestellt Vorlage Gesundheitspolitisches Programm zur 10. PV-Tagung 21./22.09.2019 Kommission Betrieb und Gewerkschaft beim PV

**Struktur des gesundheitspolitischen Programms**

- Keine Profite mit unserer Gesundheit!
- Weg mit den Fallpauschalen!
- Gesundheitsversorgung vergesellschaften!
- Für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung – zur Einleitung

**I. Was uns krank macht. Die gesundheitliche Lage der arbeitenden Klasse in der BRD [3 Seiten]**

- Verschärfte Ausbeutung, Arbeitsverdichtung und Arbeitshetze, Vernutzung der Ware Arbeitskraft
- Arbeitslosigkeit und gesellschaftlicher Ausschluss
- Existenzielle Unsicherheit
- Schlechte Arbeitsbedingungen und schlechte Lebensverhältnisse
- Umweltverschmutzung
- Die wichtigsten Erkrankungen in der arbeitenden Klasse

**II. Die zentralen Probleme der Gesundheitsversorgung in der BRD und unsere Forderungen [5 Seiten]**

- Finanzierung über Fallpauschalen – Gesundheit als Ware
- Personal – Kostenfaktor statt Ressource – so wenig wie möglich, unabhängig vom Versorgungsbedarf – Spaltlinien zwischen Beschäftigten
- Der Mythos Fachkräftemangel
- Krankenhausinvestitionen – staatliche Unterfinanzierung als Einfallstor für Private und Anreiz/Druck für Personalkostenreduzierung
- Krankenhausplanung – marktorientiert und kleinteilig – am Bedarf der Patient\*innen vorbei
- Altenpflege und andere Teilbranchen des Gesundheitswesens
- Situation pflegender Angehöriger; MDK, Anerkennung von Pflegeraden, Stichwort Versorgung durch Frauen, „die Polin“
- Gesundheit, Begleitung und Betreuung vom Menschen her denken – gesundheitspolitische Forderungen der DKP

**III. Die Interessen des Kapitals und ihre wichtigsten Akteure [5 Seiten]**

- Interesse der Bourgeoisie insgesamt: Senken der Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft, dazu gehört auch die Gesundheitsversorgung; Verweis auf BDA, BDI

- Gesamtkapital sucht fortwährend nach Verwertungsmöglichkeiten, damit einhergehend Versuch Bereiche zu erschließen, die bisher der öffentlichen Daseinsvorsorge zugeordnet waren, dazu gehört auch Gesundheitsversorgung
- Staat handelt als ideeller Gesamtkapitalist im Interesse des Kapitals, Beispiel: Volksbegehren
- Noch unklar: Sonderrolle Kirche als „Mega“-konzern
- Interessen von Krankenhauskonzernen, Pharmakonzernen, Betreibern von Altenheimen, Medizintechnik...
- Die „gemeinsame Selbstverwaltung“, Deutsche Krankenhausgesellschaft und GKVSpitzenverband als Arbeitsausschuss des Kapitals
- Die herrschenden Gedanken sind die Gedanken der Herrschenden: Propaganda der Bourgeoisie zu angeblicher Kostenexplosion, individueller Verantwortung für die Gesundheit und Auseinandersetzungen um lebenswert und angeblich lebensunwert

#### **IV. Chancen und Möglichkeiten im Kampf für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung [5 Seiten]**

- Charité und Entwicklung der Strategie des Bettenstreiks
- Weitere Streiks und Bewegungen für Volksentscheide
- Krankenhausbündnisse als Handlungsfeld der Partei
- Belegschaften organisieren, whole worker organizing
- Kooperatismus/Sozialpartnerschaft in der Gewerkschaft vs. Ermächtigung der Belegschaften in den Gesundheitskämpfen

#### **V. Unsere Erfahrungen – unsere Perspektive [5 Seiten]**

- Erfahrungsschatz DDR – Entwicklung eines sozialistisches Gesundheitssystems
- Ein Beispiel: Kuba – sein Gesundheitssystem und seine internationale Solidarität

*Redaktionsgruppe: Nicole D, Jan vH, Monika MS, Doreen B.*

*(mit Zustimmung zur Kenntnis genommen)*

### ***Kommunalpolitischer Ratschlag (KR): „Kommunales Eigentum verteidigen und erkämpfen!“***

#### **1. Ausgangslage**

Die Ausrichtung und Durchführung eines KR ist Bestandteil der Arbeitsplanung des Parteivorstandes für den Bereich Kommunales. Zum kommunalpolitischen Ratschlag heißt

es im Arbeitsplan:

„Ausrichtung eines kommunalpolitischen Ratschlags zum Thema „Kommunales Eigentum verteidigen!“ (Arbeitstitel) (..). Ziel ist die zentrale Bedeutung des Kampfes gegen Privatisierungen (in ihren verschiedensten Formen) unter den aktuellen Bedingungen zu erfassen und den Grundorganisationen somit einen Gesamtüberblick über zentrale Angriffe auf kommunaler Ebene in die Hand zu geben.“ Mit dieser Ausrichtung erhält dieser KR den Charakter einer Fachkonferenz, was auch die Notwendigkeit nach sich zieht, entsprechende Fachreferenten anzufragen bzw. Zu gewinnen.

**Bei der Ausrichtung des KR sind drei Aspekte zu beachten:**

1. Wenn im Parteivorstand der Kampf von Privatisierungen in den Mittelpunkt gestellt wird, dann umfasst dieses Feld die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge im weitesten Sinne. Damit sind neben verschiedenen Formen der Privatisierungen (z.B. ÖPP oder auch ÖÖP) auch alle Aspekte zu berücksichtigen, die eine Ausrichtung der öffentlichen Daseinsvorsorge an den Profitinteressen der Monopolbourgeoisie befördern (wie z.B. Die Schuldenbrems(en), Fallpauschalen im Gesundheitsbereich etc.). Dabei steht die kommunale Daseinsvorsorge im Mittelpunkt, was aber nicht ausschließt auch landespolitische Ebenen einzubeziehen (im Bildungsbereich ist z.B. Der Schulneubau Ländersache).
2. Der Kampf gegen Privatisierung hat zwei Seiten: den Kampf für eine funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge, von der vor allem die Arbeiterklasse und andere werktätige Volksschichten profitieren – sowie den demokratischen Kampf um die kommunale Selbstverwaltung der Bürger. Beide Aspekte müssen beim Ratschlag berücksichtigt werden.
3. Der Ratschlag muss einen Gesamtüberblick vermitteln und Tendenzen in Privatisierung aufzeigen, denen die Arbeiterklasse und wir als DKP in den Kommunen gegenüberstehen. Gleichzeitig bedarf es einer Schwerpunktsetzung, um diese Tendenzen im Konkreten in Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge aufzuzeigen.
4. Wir wären nicht Kommunisten, wenn wir nicht aktiv weiter gingen. Es kann uns gelingen, punktuell Rekommunalisierungen anzustoßen, wo die arbeitenden Menschen aktuell betroffen sind, so zum Beispiel bei den Putzdiensten in Schulen und im Rathaus oder privatisierten früheren kommunalen Wohnungs(bau)gesellschaften. Selbst bei ÖPNV-Aktiengesellschaften könnten Chancen bestehen, diese als ersten Schritt in kommunale Hände zu geben. Selbstverständlich ist bei einer „Rekommunalisierung“ die Forderung nach demokratischer Kontrolle in den Vordergrund zu stellen – schließlich sind Kommunen nicht per se schon „demokratisch“, es sind zum Beispiel Vorstände in Aufsichtsratsform zu vermeiden, Firmenbeteiligungen und Gewinnausschüttungen zu Gunsten der Entschuldung der Gemeinden zu verhindern. Stattdessen müssen die Gewinne der Preisreduzierung – Fahrpreise, Mieten u.ä. – sowie der Lohnerhöhung der Beschäftigten dienen. Gewerkschaften und Personalvertretungen sind dabei unsere natürlichen Verbündeten und wir sind deren kritische Begleiter.

Um den Aufwand für alle Beteiligten im Rahmen zu halten, ist der Ratschlag auf einen Tag begrenzt und wird in Frankfurt a.M. stattfinden. Alternative Terminvorschläge sind der 21. oder 28. März 2020. Sowohl für die Gewinnung qualifizierter Referenten als auch aufgrund der Arbeitsbelastung vor dem Parteitag Ende Februar, erscheinen diese Termine

realistisch.

## **2. Zielsetzung & Bestandteile**

Der KR dient wie eingangs erwähnt der Vertiefung der Kenntnisse um die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge (die Enteignung öffentlichen Eigentums) mit seinen Auswirkungen auf die sozialen und demokratischen Rechte des werktätigen Volkes sowie dem Kampf dagegen unter der Mitgliedschaft der DKP. Weitere Ziele sind das Knüpfen bzw. Verstetigen von Kontakten zu Fachleuten in diesen Bereichen, wie sie z.B. die Gruppe „Gemeingut in BürgerInnenhand“ anzutreffen sind. Nicht zuletzt ist Ziel des KR das Interesse in der DKP an Kommunalpolitik und an der Arbeit der PV-Kommission Kommunales zu erhöhen.

Der KR unterteilt in mehrere Vorträge mit anschließender Diskussion. Bestandteile des KR sind folgende Themenblöcke:

### **a) Die Kommunen im demokratischen Notstand – aktuelle Entwicklungen in der Enteignung kommunalen Eigentums**

Während zur Jahrtausendwende Privatisierungen in Form direkter Veräußerungen im Vordergrund standen, hat die Enteignung kommunalen Eigentums in den letzten zwei Jahrzehnten keineswegs abgenommen, aber verläuft subtiler – sei es durch Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) oder die Umwandlung kommunaler Betriebe in privatrechtliche Unternehmen. Diese Tendenzen führen zu einer Situation, in der selbst Rudimente demokratischer Mitbestimmung auf kommunaler Ebene außer Kraft gesetzt werden.

Vorschlag Referent: Werner Rügemer

### **b) „Öffentlich-öffentliche Partnerschaft“ – Aktuelle Tendenzen der versteckten Privatisierung im Bildungsbereich**

Fast unbemerkt wurde mit der Autobahnprivatisierung der alten (GroKo)-Bundesregierung 2017 auch die Tür für die Privatisierung von Schulen weitergeöffnet. Zu einem willigen Vollstrecker dieser Orientierung hat sich die Rot-rotgrüne Landesregierung in Berlin entwickelt, die im Deckmantel des Konzeptes „Öffentlich-öffentliche Partnerschaft“ der Bevölkerung suggeriert, dass Privatinvestoren bei der Berliner Schulneubauintiative außen vor bleiben würden. Eine Volksinitiative gegen diese „Privatisierung auf Filzplättchen“ (maßgeblich von der DKP unterstützt) war erfolgreich, bringt die Landesregierung aber nicht von ihrem Privatisierungskurs ab.

Vorschlag Referent: Carl Waßmuth, GiB und Initiator der Berliner Volksinitiative gegen die Schulprivatisierung

### **c) Pflegenotstand in Krankenhäusern und Privatisierung im Gesundheitsbereich – zwei Seiten einer Medaille**

Während die erste Privatisierungswelle im Gesundheitsbereich in den 2000ern vonstatten ging, deutet sich in den letzten zwei Jahren ein neuer Schub vor allem durch Investitionen von Privat-Equity-Gesellschaften an, was zu einem verschärften Konkurrenzkampf auch für Krankenhäuser in kommunalen Eigentum führt und die Basis bildet für einen chronischen Pflegenotstand. Neben dieser Entwicklung gilt es Forderungen aus der ver.di-Gewerkschaft näher zu beleuchten, die u.a. das Konzept eines Verbundklinikums unter

demokratischer Kontrolle entwickelt haben im Saarland als Gegenkonzept zur neoliberalen Zurichtung der Krankenhauslandschaft.

Vorschlag Referent: Michael Quetting, ver.di-Pflegebeauftragter

#### **d) Strategien im Kampf gegen den staatlichen organisierten Mietennotstand**

Ähnlich wie im Gesundheitsbereich waren die Höhepunkten der Privatisierung von Wohnraum in den 2000ern anzusiedeln, deren Auswirkungen sich vor allem in Metropolen wie Berlin jetzt auswirken und die Mieten und somit die Lebenserhaltung für breite Volksschichten in die Höhe und diese somit in die Armut und / oder ländliche Randgebiete treiben. Gegen diesen Frontalangriff auf die sozialen Lebensbedingungen hat sich in fast allen größeren Städten Widerstand gebildet. Zu beleuchten ist, wodurch in welcher Art und Weise die Privatisierung von Wohnraum in Kombination mit organisierter Wohnraumverknappung die Mieten und damit die Renditen der Immobilieninvestoren in die Höhe schnellen ließ – und wie Gegenkonzepte aussehen können.

Vorschlag Referent: Joachim Oellerich, Chefredakteur „MieterEcho“ – Zeitung der Berliner Mietergemeinschaft

Um die zu vermittelnden Einschätzungen breiten Teilen der Partei zugänglich zu machen, werden die Referate nach dem KR zu einer UZ-Dokumentation zusammengefasst.

#### **Verantwortlich**

- Gesamtverantwortlichkeit: Männe G.

(mit Zustimmung zur Kenntnis genommen)

### ***Konzeption NATO-Broschüre***

#### **Ausgangslage und Zielstellung**

Bereits im letzten Jahr beschloss der PV auf einer Tagung die Erstellung einer Broschüre zur Rolle der NATO und dem Widerstand gegen sie. Angesichts der nunmehr 70 Jahre währenden Bedrohung und Zerstörung des Friedens durch die NATO, dem weltweiten Hauptkriegstreiber, ist es notwendig, schonungslos darüber aufzuklären und Möglichkeiten zur Gegenwehr aufzuzeigen. Eine solche Broschüre kann und soll den Gliederungen der DKP Orientierung geben für die Arbeit in der Friedensbewegung, sie soll zugleich Bildungs- und Öffentlichkeitsmaterial sein. Der Widerstand gegen die NATO mit ihrem aggressiven antirussischen und antichinesischen Kurs ist zentraler Schwerpunkt der Friedensarbeit der DKP. Die Broschüre muss die Aufgabe erfüllen, auf allen Einzelfeldern der Friedensbewegung –

- Kampf gegen Aufrüstung, Rüstungsproduktion und -export,
- gegen Atombomben,
- gegen Truppentransporte,
- gegen Bundeswehrspektakel und militaristische Indoktrination von Jugendlichen,

- gegen Fluchtverursacher,
- gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr und alle anderen NATO-Einsätze und -Kriege,
- gegen den Missbrauch von jungen Menschen als Kanonenfutter

die NATO-Mitgliedschaft der BRD als ursächlich und zu überwindend herauszuarbeiten. Sie muss weiterhin die Perspektive des Widerstands aufzeigen – wo gab und gibt es erfolgreichen Widerstand? Wo ist er dringend nötig?

Um eine Wirkung für eine stärkere Fokussierung der Friedensbewegung auf die NATO (und ihre Verbündeten) zu erreichen muss die Broschüre in die Debatte der Friedensbewegung eingreifen. Hier gilt es vor allem, die Sichtweise der DKP vorzustellen, die zusammengefasst sagt, dass nicht Russland und China den Frieden gefährden, sondern die NATO bzw. „der Westen“. D.h. es ist zu beleuchten, wie sich das russisch-westliche und das chinesisch-westliche Verhältnis entwickelt hat und welche Rolle dabei der wirtschaftliche Niedergang des Westens und der gleichzeitige Aufstieg Chinas und vieler verbündeter Staaten spielt. Damit positioniert sich die Broschüre an der Seite der vom Westen bedrohten und überfallenen Völker wie Syrien, Venezuela, Iran, Nordkorea und anderen.

### **Gliederung und Inhalt**

- Hauptartikel: Die NATO – der Hauptkriegstreiber im neuen Kalten Krieg
- Die offizielle NATO-Strategie in Bezug auf Russland und China
- Einkreisung und Bedrohung Russlands mit Raketen, Aufmärschen, Manövern (in und durch die BRD, deutsche Führung der Truppen in Litauen).
- Kündigung des INF-Vertrages zur Bedrohung Chinas und Russlands
- Die „deutschen“ Interessen und die NATO – Weltmachtstreben nur im Bündnis mit den USA möglich, Haltung der Parteien SPD, CDU/CSU, FDP, Grüne, PDL, AfD und DKP.
- Die NATO-kompatible Aufrüstung der EU
- Das NATO 2% Ziel und seine Umsetzung in Deutschland
- 20 Jahre NATO-Überfall auf Jugoslawien
- Zeichenzahl: 10.000

### **Raus aus der NATO – aber wie?**

- Sinn und Zweck der Forderung „Austritt der BRD aus der NATO“: Politisch-militärische Schwächung des „Westens“; Bannung der unmittelbaren Gefahr eines Szenarios „Schlachtfeld Deutschland“ im neuen Kalten Krieg gegen Russland.
- Rechtlicher Status und konkrete politische Wege zur Beendigung der deutschen NATO-Mitgliedschaft.
- Ablenkungsmanöver „Auflösung der NATO“
- Rolle des „Truppenstatuts“ und Forderung nach seiner Kündigung.

- Zeichenzahl: 5.000

### **Das Beispiel Syrien: Vom Westen kam der Krieg, von Russland und China der Frieden**

- Kurzer geschichtlicher Abriss über die Entstehung des Syrienkrieges
- Rolle der USA: „Unbeherrschbarkeit“ des Nahen Ostens durch Zerstörung und Zerstückelung von Nationen, direkt gegen Russland und China gerichtet.
- Rolle Russlands: Militärische Beihilfe zur Stabilisierung des Staates im Kampf gegen IS & Co., Interesse an Frieden und Stabilität in der Region, die an Russlands „Südfront“ angrenzt.
- Auslösung der Massenflucht durch die westliche Strategie
- Zeichenzahl: 8.000

### **Die Nuklearstrategie der NATO – Atombomben raus aus Büchel**

- Kurzer Abriss über die Geschichte und besondere Bedeutung der Atombombe
- Offizielle Nuklearstrategie der NATO
- Nukleare Teilhabe und die deutsche Rolle – Fliegerhorst Büchel
- Das nuklear bestückbare Raketen“abwehr“system der NATO
- Russlands und Chinas Haltung zur Atombombenfrage
- Das Szenario eines Atomkriegs auf europäischem Territorium
- Widerstand: Forderung nach Abzug der Atombomben aus Büchel als unverhandelbare Forderung.
- Zeichenzahl: 5.000

### **NATO kontra Arbeiterjugend: Vorbereitung auf die Schlachtfelder Zukunft**

- Bundeswehr-Rekrutierung an Schulen, Hochschulen und Arbeitsagenturen
- Junge Soldaten als Kanonenfutter in Auslandseinsätzen der Bundeswehr
- Feindbild Russland: Dämonisierung Russlands in Jugendmedien (und Schule?)
- Zeichenzahl: 5.000

Gesamtverantwortung: Björn

Erscheinungsdatum: LLL-Wochenende 2020

(mit Zustimmung zur Kenntnis genommen)